Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 3.02, wo keine Post am Orte, Mk. 3.84.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Inseratengebühr beträgt für die einspaltige Colonelzeile oder deren Raum 25 Pfennige, für Arbeitsmarkt, Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige. Auswärtige Inserate 35 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 89. Sonnabend, den 17. April 1909. 20. Jahrgang.

Schulden und Steuern.

Am 2. April ist der Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1909 durch die Beschlüsse des Reichstags in dritter Lesung fertiggestellt und am 3. April vom Bundesrat genehmigt worden. Die „Köln. Volksztg." gibt in einem Artikel eine kurze Uebersicht über die Arbeiten der Budgetkommission und die jetzige Finanzlage des Reiches. Wie sie ausführt, hat sich die Reichsschuld im Jahre 1909 aufs neue um 229 Millionen Mark vermehrt. Der Hauptanteil an der Schuldenvermehrung entfällt auch diesmal auf die Marine mit 109.649.045 Mk. Dann kommen Reichsheer mit 41.716.200 Mark, Reichspost- und Telegraphenverwaltung mit 45.000.000 Mark, Reichseisenbahnen mit 20.229.300 Mark, Reichsamt des Innern (Nordostseekanal und Moselausbauten) mit 14.000.000 Mk., Kolonial-Eisenbahnen mit 26.644.930 Mk.; doch verminderten sich diese Posten infolge der Einnahmen des außerordentlichen Etats auf die vorstehend angegebene Gesamtsumme von **229.036.550** Mark

Die Matrikularbeiträge der Bundesstaaten zur Balanzierung des ordentlichen Etats waren im Entwurf vorgesehen mit 427.496.394 Mk., denen Ueberweisungen gegenüberstanden in Höhe von 195.178.250 Mk., so daß die Bundesstaaten an das Reich 232.318.144 Mk. nach dem Entwurf zu zahlen hätten. Die Bundesstaaten werden pro 1909 noch etwa 218 Millionen Mark an das Reich zu zahlen haben, falls es der Finanzkommission nicht gelingt, rechtzeitig für das Zustandekommen neuer Steuergesetze, welche schon im Jahre 1909 Einnahmen für das Reich liefern, zu sorgen

Vielleicht erscheint es manchem sonderbar, daß das Reichsdefizit nur 218 Millionen Mark beträgt, während doch nach den offiziellen Angaben 500 Millionen Mark für die Reichsfinanzreform erforderlich sind. Die „Köln. Volksztg." antwortet darauf mit folgender Aufstellung:

Zu den obigen	218 000 000 Mk.
kommen noch hinzu:	
für Besoldungsaufbesserung der Beamten und Offiziere	70 000 000 „
„ Desgleichen der Mannschaften	30 000 000 „
„ Zuschüsse zur Witwen- u. Waisenversicherung	40 000 000 „
„ Sonderung des Reichsinvalidenfonds	5 000 000 „
„ Schuldentilgung	60 000 000 „
„ Aufhebung der Fahrkartensteuer	20 000 000 „
„ Ermäßigung der Zuckersteuer	40 000 000 „
„ Allmähliche Tilgung der gestundeten Matrikularbeiträge aus den Jahren 1906, 1907, 1908	40 000 000 „
Zusammen	543 000 000 Mk.
Davon gehen ab diejenigen 50 Millionen Mark, welche die Bundesstaaten künftig dauernd jährlich als Last übernehmen wollen	50 000 000 „
Bleiben jährlich zu decken	493 000 000 Mk.

Selbst wenn die Aufhebung der Fahrkartensteuer und die Ermäßigung der Zuckersteuer fortbleibt, sind noch immer ca. 435 Millionen Mark erforderlich.

* * *

Die Breslauer Abgeordneten und die neuen Steuern.

In einer wenig beneidenswerten Lage befindet sich den Reichssteuerprojekten gegenüber die Wählerschaft der zweitgrößten preußischen Stadt. Die verschiedensten Gruppen städtischer Bürger halten Versammlungen ab, um Attentate gegen einzelne Industrien abzuwehren, die Abgeordneten aber, die man nach der Sozialistenhatz im Jahre 1907 erkor, stehen dem Ringen der Betroffenen mit ziemlicher Gleichgültigkeit gegenüber. Dem freisinnigen Herrn Pfundtner für Breslau-West dürfte die eigene Abstimmung zu den Steuervorlagen vorläufig noch ein Buch mit sieben Siegeln sein. Wie die freisinnige Fraktionsgemeinschaft sich schließlich zu den einzelnen Steuerprojekten stellt, ist unbekannt, und auch Herr Pfundtner hat darüber bis zum heutigen Tage kein Wort verraten. Anders liegt die Sache schon bei dem Fürsten Hatzfeldt. Als Parteiführer kann er seine Stellungnahme nicht so lange verbergen und als konservativer Volksfeind sagt er offen, daß er trotz aller Protestbewegungen die breiten Massen mit neuen Konsumsteuern belasten wird, damit die Besitzer reicher Güter keine Reichseinkommen- und so wenig als möglich Erbanfallsteuer zahlen brauchen. Also auch er ignoriert vergnügt die Bedenken der erwerbstätigen Bürger. Gestern hatten sich die Konservativen zum Ueberfluß den Landtagsabgeordneten Strosser nach Breslau geholt, der sich als Erkorener eines erbärmlichen Klassenwahlsystems noch viel weniger Rücksichten auferlegen braucht als Herr Hatzfeldt. Er bekannte frank und frei, daß ihm eine recht hohe Branntweinsteuer — etwa 15—20 Pfg. pro Liter mehr als bisher — sehr angebracht und besonders geeignet erscheine, die Schäden des Alkohols zu vermindern. Er ist aber für die Weiterzahlung der Millionen-Liebesgaben an die Brenner, denn — die Branntweinpest muß zwar ausgerottet werden, aber die Schnapsbrennereien, die sollen leben! Wenn nicht anders, dann auf Regimentskosten. Nach Herrn Strosser eignet sich auch das Bier sehr gut zu höheren Steuern, die bisherigen 115 Millionen sind ein zu geringer Ertrag, man solle aber nicht mit 2½ Pfg. pro Liter anfangen, sondern gleich „den Pfennig voll machen". Herr Strosser drückte sich absichtlich etwas unklar aus, damit man nicht wußte, ob sich das „Pfennig voll machen" auf 3 oder auf 5 Pf. pro Liter bezog. Sicher ist nur, daß auch die Brauer, Wirte und Biertrinker Ursache haben, sich diesen „Volksvertreter" warm zu halten! Eine Tabaksteuer, die etwa 1 Pf. pro Fünfpfennig-Zigarre und die teueren Sorten in gleicher Höhe trifft, findet Herr Strosser trotz der Lärmtrommel der beteiligten Industrie außerordentlich gerechtfertigt, noch gerechter dünkt ihm allerdings die Weinsteuer, trotz der Not der Weinbauern. Da der Wein nur zwanzig Millionen Mark bringen soll gegenüber 260 Millionen aus Schnaps, Bier und Tabak, ist Herrn Strossers Zustimmung erklärlich. Der ausgemachte konservative Volksfreund stimmt aber außerdem auch der Gas-, Elektrizitäts- und Inseratensteuer zu, da er als Major von deren Wirkung nichts versteht, und empfindet schwere Bedenken nur bei der Besteuerung des Besitzes, bei der Nachlaßsteuer, für die vor wenigen Jahren eigentlich nur die Sozialdemokraten eingetreten sind. Hilflos steht er jetzt dem Umfall seiner engsten Parteifreunde in dieser „germanischen Prinzipienfrage" gegenüber. Er hofft nur, daß „die Meinungen sich klären" und ob die Erbanfallsteuer doch noch bewilligt werden muß, darüber „mögen sich die Herren in der Kammer unterhalten!" — Vor den Massen städtischer Steuerzahler dieses peinliche Thema zu behandeln, ist den Herren Konservativen sehr unangenehm und was in den tiefsten Falten der konservativen Busen vorgeht, verriet Pastor Nitschke in einem unerträglich langen Senf, dessen Quintessenz war, die Massen sollten sich mit dieser unglaublich schwierigen Steuermaterie überhaupt nicht beschäftigen, sondern das lieber den „verantwortlichen Stellen" in der Regierung und in den Fraktionen überlassen. All die Beamten- und Bündler- und Mittelstands- und Wählerversammlungen seien vom Uebel! Das war wenigstens ein offenes Wort. Als Stimmvieh ist den konservativen Herrschaften der städtische und ländliche Mittelstand sehr willkommen, will er aber über politische Fragen mitreden, dann ist's mit der Freundschaft aus! Die Begeisterung für eine solche „Politik für die Dummen" war allerdings selbst im Vincenzhause nicht groß und als sich die Versammlung in einer Resolution für direkte und indirekte Steuern festlegte, war schon die Hälfte der Teilnehmer ausgerückt und mit dem Rest nahm man eine reguläre Abstimmung auch nicht vor. Es liegen also Anzeichen vor, daß auch der allergetreueste Breslauer Spießer mit der Steuerpolitik seiner Abgeordneten unzufrieden zu werden beginnt.

Die breiten Massen des Volkes wissen längst, was sie von den Parteien der reichen Steuerdrückeberger zu halten haben und ihre Antwort bei den nächsten Wahlen wird darnach ausfallen. Die Herrlichkeit von Pfundtner bis Hatzfeldt wird ein schnelles Ende haben.

Steuer-Schutztruppe.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" verzeichnet mit großer Gewissenhaftigkeit all die Kundgebungen, die von Vereinen, Stammtischen usw. an den Reichskanzler in der Frage der Finanzreform gerichtet werden. Auch in der Ausgabe vom Dienstag Abend ist wieder fast eine ganze Spalte des Regierungsorgans mit solchen Kundgebungen gefüllt und vermutlich, um zu neuen Kundgebungen anzureizen, werden auch gleich die Antworttelegramme mit abgedruckt. Bülow weilt in Italien, und deshalb ist seinem Unterstaatssekretär v. Loebell die Aufgabe zugefallen, diese Danktelegramme abzufassen. Von den Danktelegrammen lautet natürlich eines wie das andere, nur einzelne Worte werden etwas verstellt, um nicht gar zu schablonenhaft zu sein. Wenn diese ganzen Danktelegramme bezahlt werden müssen, dann wird die Reichskanzlei eine ganz erhebliche Summe für Depeschengebühren in Rechnung setzen müssen.

Für die Finanzreform macht jetzt auch der „nationale" Landsturm Thüringens mobil. Es hat sich ein Konsortium von Kommerzienräten, Advokaten, Bürgermeistern, Fabrikbesitzern und Beamten gebildet, das einen

---

Im alten Rödchen zu Weimar.

Von Helene Böhlau.

16] (Nachdruck verboten.)

„Ich weiß gar nicht, wie Du mir vorkommst. Da sind doch andre wahrlich schlimmer dran als wir.

„Oho, ich merke schon, jetzt geht's ans Fressen und Saufen. Ich soll mich über's Fressen freuen?"

„Wie Du das nennst!"

„Die Gabe Gottes soll ich sagen!"

„Ja, wir sollen dafür danken."

„Gut — auch gut! Hat mir Gott ein Maul gegeben, mag er's auch stopfen!"

„Aber er stopft's so manchen nicht."

„Dann wird er eben ein ganz anderes Gesicht haben, als Du es Dir vorstellst. Was weiß ich! Große Herren haben das so an sich, daß man nicht weiß, wie und wo."

„Du lästre nicht, das straft sich."

„Jawohl", da lachte er wieder. Da hätte er viel zu tun, wenn er alle, die er tritt und die deshalb schimpfen, strafen wollte."

„Denk doch, wie glücklich wir immer waren, wie treu und gut ich's mit Dir gemeint hab', sagte die alte Frau weinend.

„Du willst auch eine Extra-Belobigung für Deine Treue haben, nicht wahr? Ich soll mich auch hinsetzen und mich auch darüber freuen, daß Du mich wahrscheinlich nicht hintergangen hast."

„Das nicht. — Ich wollte Dir nur sagen, daß ich doch immer meine Pflicht getan habe und das Haus wohl gehalten habe, die Kinder geboren und erzogen, und daß wir immer ehrliche und von allen geachtete Leute waren. Ist denn das nichts, Alter?"

„Es muß wohl was sein." Seine Stimme klang weicher. „Ehrliche, geachtete Leute, das sind wir, weiß Gott, immer gewesen. — Das bleiben wir auch Alte." Er gab ihr die Hand und schüttelte sie ihr.

„Mich packt's manchmal, als ob es mich zerreißen wollte. Siehst Du bei mir wird's nicht eher gut, als bis einmal ernstlich zum Aufmarsch geblasen wird, bis alle Schlafmützen mitsammen erwachen — dann soll's einer mit uns aufnehmen! — Dann bin ich auch dabei, Alte!"

* * *

Es war Abends vor der großen Hofjagd. Im Försterhaus im Rödchen ging es drunter und drüber. Da waren die Oberförster aus Ilmenau und Stützerbach einquartiert, die beide zur Jagd befohlen waren. Forstgehilfen liefen aus und ein. Aus den umliegenden Ortschaften kamen die Landleute, die Nachts über den Treiberdienst in Eisersberg versehen sollten. Es war ein gewaltiges Hin und Her, und wie ein Feldherr der Förster Walter mitten darunter. Jeder wendete sich an ihn, er mußte herhalten für zehn. Die Forstgehilfen zogen mit ihren Treibern ab, um sie zu postieren.

Wagen voll Jagdnetze fuhren vor und nahmen den Förster mit, der beim Aufstellen derselben zugegen sein mußte. Den Forstgehilfen wurde Abendbrot gereicht, Bauersleute gingen aus und ein und holten sich Fackeln. Vom Walde her tönte das Schreien und Lärmen der Treiber die ganze Nacht durch, und auf dem sonst so stillen Berge war eine Hölle losgelassen. Feuer brannten am Waldessaum, da tranken und lagerten die Bauern und brüllten und johlten.

Die Försterin mußte ein gutes Abendessen für die Kameraden ihres Mannes herrichten und wollte sich nicht lumpen lassen. Sie sollten einen Begriff bekommen, wie man bei Förster Walter lebt, und so arbeitete sie mit zwei Mägden und den Töchtern im Schweiße ihres Angesichts.

Es mußte auch mancherlei zu einem opulenten Frühstück hergerichtet werden, und im Hause ging und kam es wie im Taubenschlag.

So geht's: dem Förster drückte alles, was in dieser Zeit geschah, das Herz ab, und der Försterin war's zu Mut, wie an ihrem Ehrentag. Sie wollte Familie und Haus glänzen lassen und ließ sich deshalb keine Müh' verdrießen. Die alte Kummerfelden, die die Nählehrerin der Waltersmädchen gewesen, war auch mit oben, um mit ihrer zierlichen Altweibergeschäftigkeit die Försterin zu unterstützen. Sie war in allerbester Laune, das war so etwas für sie. Bei der Aussteuer für Schlimpimperlein mußte sie auch raten, und das Hochzeitskleid wurde ohne die Kummerfelden auch nicht beschafft. Wer einmal bei der Kummerfelden in die Nähschule gegangen war, wendete sich in allen Lebenslagen, in Freud und Leid, an die prächtige Frau, und sie versagte Rat und Hilfe nirgends, so lange ihr die Kräfte aushielten.

In das Rödchen hinauf ging sie übrigens gar zu gern, die Förstersleute waren ihr sehr lieb und das muntere Leben im Hause behagte ihr.

Mitten in ihrer eifrigen Geschäftigkeit, sie rührten einen gewaltigen Heringssalat zusammen, schnitt Salzgurken und Schinken und hantierte mit allerlei Feinheiten, die sie zu ihrem Salat brauchte, und war dabei so flink und behende und sauber in ihrem geblümten Kleide und der großen Haube, da rief sie nach Schlimpimperlein.

„Ludovikchen, mein Kind", sagte sie, ist das eine Art, wie ein glückliches Bräutchen sich beträgt, das in ein paar Tagen Hochzeit halten soll. Ich schau Dir die ganze Zeit jetzt zu — ist Dir nicht wohl?"

„Mir ist wohl", sagte Schlimpimperlein gleichmütig.

„Ueberanstrengen tust Du Dich aber nicht, dächte ich. — Ich hab's ja gesehen, die ganze Zeit hast Du da am Fenster gelehnt, und wo sind denn die roten Backen hin? Na? Du Mädel, verdirb Dir die schöne Zeit jetzt nicht mit weiß Gott was. Schmecht nicht so. — ich rat's Dir. Die Ehe kommt Dir bald genug über den Hals, — geh, sei frisch, wer wird denn bei allem Glück wie eine Wehmutsspritze dastehen. Wenn man in etwas frisch gehen muß, ist's in die Ehe. Glaub mir, da darf man gar manches Mal den Humor mit allen Leibeskräften halten, damit er einem nicht entkommt. — Und was sind denn das für Geschichten, wenn er mit Dir herumschamutziert, da bist Du ja ganz obenauf?

„Kaum ist der fort, läßt Du die Flügel hängen."

„Na, das sag ich Dir, da wirst Du schön hereinfallen, — da kennst Du die Männer schlecht."

„Glaubst Du denn, das geht so fort, wenn Du Frau bist? Du weißt nicht, was Ehemänner für miserable Müsse sind. — Wenn da die Frau nicht für beide den Humor hat, ging es ja weiß Gott in jedem Hause wie bei den Trappisten zu.

„Geh nur um Gotteswillen frisch in die Ehe, sonst bist Du verloren. Verloren, sag' ich; wenn's in einem Haus brummig zugeht und trübselig, da wollt' ich lieber beim Teufel sein, sag' ich."

„Also Kopf oben und merk Dir's, vom Mann mußt Du nie etwas verlangen, das wie Aufmunterung aussieht. Jeder Ehemann, jeder deutsche wenigstens, ist im Handumdrehen ein Muff, ein muffiger Muff. Na, erschrick nur nicht, wenn's kommt, dann komm's, denn kommen tut's sicher. — Tu das Deine! — und daß ich Dich nicht wieder stehen sehe, als wär' Dein Brot auf die Butterseite gefallen. — Geh, mach was, Faulpelz."

Schlimpimperlein blieb bei der herzhaften Rede der Kummerfelden ziemlich indolent stehen und drehte an einem Brotkügelchen.

„Na", sagte die Kummerfelden.

Da schaute Schlimpimperlein auf — und der Kummerfelden war's gerade, als wenn die Augen der kleinen Braut voll Tränen ständen.

„Na", sagte sie noch einmal mit merkwürdiger Betonung. „Hast Du was? Oder riecht Dir der Hering und Zwiebel zu stark?"

„Was soll ich denn haben?" sagte Schlimpimperlein, „gar nix."

„Also, dann zeig's auch."

(Fortsetzung folgt.)

Aufruf für die Finanzreform verfertigt und zur öffentlichen Unterschrift ausgelegt hat. Der Aufruf bezeichnet die Vorschläge der Regierung, soweit sie sich auf eine Verteilung der neuen Lasten zwischen Verbrauch und Besitz beziehen, als die richtigen Grundlagen. Bei den Verbrauchsabgaben wird es unumgänglich sein, „als Hauptquellen die Genußmittel des Massen-Verbrauches zu belasten.“ Die Hauptsache für die Streber in dem Konsortium ist wohl die Aussicht, durch den Rummel mit Bülow in Berührung zu kommen, denn eine Deputation soll am 19. April den Aufruf als Kundgebung des „Thüringer Volkes“ dem Reichskanzler überreichen. — Dann wird's wahrscheinlich Orden regnen!

Der engere Ausschuß der nationalliberalen Partei Badens, die Vorstände der nationalliberalen Bezirksvereine und die sonstigen nationalliberalen Organisationen haben zur Reichsfinanzreform eine Erklärung beschlossen. Darin wird die unverweilte Lösung der Reichsfinanzreform für die nächste und dringendste Aufgabe der Reichsfinanzreform erklärt. Die Vorlage der verbündeten Regierungen erscheine insofern annehmbar, als sie bei der Verteilung der neuen Auflagen auf die allgemeinen Genußmittel und auf den Besitz den richtigen Maßstab gefunden habe und nach Möglichkeit die Steuerquellen der Einzelstaaten schone. Insbesondere in der Nachlaßsteuer oder im Ausbau der Erbschaftssteuer sei der zweckmäßigste Weg zu erblicken, um den berechtigten sozialen Anforderungen zu entsprechen.

Zum Schlusse der Erklärung heißt es: Es sei zu begrüßen, daß die überwältigende Mehrheit der Reichstagsfraktion in diesem Sinne wirken wolle; es wäre zu bedauern, wenn es nicht gelänge, dafür die Fraktion einmütig und geschlossen einsetzen zu können.

Politische Uebersicht.

Die Haltung der Sozialdemokratie zu den verschiedenen Tagesfragen wird von der bürgerlichen Presse immer so dargestellt, wie man es für seine politische Argumentation im Augenblick braucht. So soll jetzt, nach der „Deutschen Tageszeitung“, das „Liebeswerben“ der bürgerlichen Demokraten von der Sozialdemokratie „kalt abgewiesen“, die junge politische Gruppe „von der gesamten sozialistischen Presse nicht eben freundlich behandelt werden.“ Dagegen meint die „Kreuzzeitung“, die doch sonst in ihren Anschauungen dem Agrarierorgan recht nahe steht, einen schwachen Trost könnte die Demokratische Vereinigung darin erblicken, „daß der „Vorwärts“ im Namen der Sozialdemokratie ihrem Versuche alles Gute wünscht“ und sie sieht gerade in den „wohlwollenden Worten“, die das sozialdemokratische Zentralorgan der Demokratischen Vereinigung widmet, „die vernichtendste Kritik des neuen Barthschen Unternehmens.“

Der Unterschied der Auffassungen ist darauf zurückzuführen, daß es der „Deutschen Tageszeitung“ mehr darauf ankommt, die Barthianer als eine lächerliche Gesellschaft zu verhöhnen, während die Absicht der „Kreuzzeitung“ dahin geht, die der Demokratischen Vereinigung angehörigen Staats- und Privatbeamten ihren Vorgesetzten und Arbeitgebern als verkappte Sozialdemokraten zu denunzieren. Die sozialdemokratische Presse hat natürlich keinen Anlaß, den Bedürfnissen der reaktionären Gegner der Gruppe Barth entgegenzukommen. Sie vergißt weder die tiefgehenden Verschiedenheiten der Weltanschauung, durch die sie sich von der bürgerlichen Demokratie unterscheidet, noch unterschätzt sie den Nutzen, den eine bürgerlich-demokratische Gruppe, falls sie sich überhaupt dem verknöcherten Geist des bürgerlichen Spießertums gegenüber durchzusetzen imstande ist, für die allgemeine politische Entwickelung Deutschlands bringen könnte. Ob sich die Gruppe Barth zur wirklichen Partei entwickeln wird, darüber kann man heute nur mehr oder weniger begründete Mutmaßungen hegen, die Führer dieses politischen Unternehmens müssen eben selbst sehen, wie weit sie kommen. Die Sozialdemokratie hat keinen Anlaß und auch nicht die Möglichkeit, eine neue, fremde, gegnerische Partei durch Wohlwollen großzuziehen, sie hat aber auch ganz andere Aufgaben, als die, die wenigen anständigen Gegner, die sie noch hat, Gegner, mit denen sie heute noch in den wichtigsten aktuellen Fragen zusammengehen kann, im Kampfe aufzureiben. Das ist so klar, daß es auch die konservative Presse einsehen könnte, wenn sie bloß wollte; aber es paßt ihr besser, ihre Leser geflissentlich zum guten Zweck irre zu führen, wobei sie sich ganz unbedenklich von dem Grundsatz leiten läßt: Mal so, mal so, wie's trifft!

Das Zentrum als Drehscheibe. Daß verlassen ist, wer sich aufs Zentrum verläßt, und daß diese Partei jeden Augenblick bereit ist, alles und alle zu verraten, das müssen jetzt zur Abwechselung die Agrarier an sich erfahren. Das Zentrum, das noch bis vor wenigen Tagen, weil es so in seinen Fraktionskram paßte, den Bund der Landwirte in seinem Widerstand gegen die Erbschaftssteuer bestärkte, beginnt jetzt, sich für die Erbanfallsteuer zu begeistern, nachdem es als ausgemacht gilt, daß eine solche verkrüppelte Erbschaftssteuer vom gouvernementalen Flügel der Konservativen angenommen werden wird. Erinnert man sich daran, daß sich 1906 namhafte Führer der Zentrumsfraktion im Reichstag offiziell für die Besteuerung der Abkömmlinge ausgesprochen haben, so bemerkt man, daß das Zentrum zur Frage der Erbschaftssteuer binnen drei Jahren mindestens drei verschiedene Stellungen eingenommen hat. Die „Deutsche Tageszeitung“ ist sehr betrübt und schreibt, sie hätte eine solche Wandlung „aufrichtig“ nicht für möglich gehalten. Da hat sie eben das Zentrum nicht gekannt.

Die „Kölnische Volkszeitung“ nimmt in überaus scharfer Weise Stellung zu der Erklärung, die der Abgeordnete Paasche in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Steuerkommission im „Tag“ abgegeben hat, um sich gegen den Vorwurf der Verschleppung zu verwahren. Besonders ist es die Aeußerung Paasches, daß das Zentrum noch nicht genügend ausgeschaltet sei, gegen die das rheinische Zentrumsorgan sich wendet. Das Blatt stellt fest, daß der Schatzsekretär sich um die Gunst des Zentrums beworben habe. Der Haß gegen das Zentrum sei schon zu einer wahren Manie geworden. Die Zentrumspartei sei zufrieden damit, daß sie momentan keinerlei Verantwortung zu tragen habe, und deshalb könne es die gegenwärtige Situation nur angenehm empfinden. Das Blatt gibt schließlich der Zentrumsfraktion den Rat, in den Kommissionsarbeiten nicht mitzuarbeiten, ohne sich aber damit für seine Stellung im Plenum festzulegen. Ob die Zentrumsfraktion den Rat befolgen wird, erscheint allerdings sehr fraglich; wenigstens bei der Frage der Branntweinsteuer sind es neben den Konservativen gerade die Zentrumsleute gewesen, die sich mit allem Eifer für die Liebesgabe ins Zeug gelegt haben.

Die „Deutsche Tageszeitung“ verhöhnt die Mittelständler. In einer Betrachtung über die Mittelstandstagung gießt die „Deutsche Tageszeitung“ Spott und Hohn über die Veranstalter aus. Die Inszenierung sei außerordentlich ungeschickt gewesen; das mag stimmen, wie die Radauversammlungen im Zirkus Busch beweisen, verstehen sich die Agrarier besser auf den Rummel! Dann wird behauptet, von den 4000 Teilnehmern seien mindestens vier Fünftel Berliner gewesen. Von der Versammlung in der „Neuen Welt“ habe man den Eindruck, einer Innungs-Versammlung von Groß-Berlin gehabt. Die Auswahl der Redner sei auch nicht vorsichtig gewesen. Nicht Handwerker, nicht Gewerbetreibende, nicht Kaufleute seien zu Worte gekommen, sondern nur Beamte und Redakteure.

Besonders unangenehm ist die „Deutsche Tageszeitung“ berührt von dem Auftreten des Herrn v. Halle. Das Blatt nennt ihn in Kursivdruck bei seinem richtigen Namen Herr Levy v. Halle. Der Name stimmt in der Tat. Levy war früher Professor in Halle, lenkte dann durch seine Flottenagitation die Aufmerksamkeit der Regierung auf sich und kam später nach Berlin in das Reichsschatzamt. Zuerst nannte er sich Ernst Levy aus Halle; dann später Ernst Levy von Halle, dann ließ er das etwas ominös klingende „Levy“ weg und nannte sich Ernst von Halle. Wegen unberechtigter Führung eines Adelstitels angeklagt, wurde er freigesprochen, weil das Heroldsamt festgestellt hatte, daß der Name „von Halle“ kein Adelstitel sei. Seitdem nennt er sich Ernst von Halle. Wie nun die „Deutsche Tageszeitung“ feststellt, ist dem Herrn mit dem verwandelten Namen die amtliche Sanitation für die Reichsfinanzreform übertragen. Das agrarische Blatt erklärte, daß er diese Tätigkeit nicht ohne Zustimmung seines Chefs und ohne das Einverständnis des Reichskanzlers entfalten könne.

Schließlich meint die „Deutsche Tageszeitung“, daß diese Agitation die gebotene Sachlichkeit vermissen lasse und es liege nicht im Interesse der Regierung, wenn sich die Meinung festsetzt, daß sie diese Art der Agitation veranlaßt oder gar organisiert habe.

Was die Bündler ihren Genossen in den Agitations-Versammlungen zu bieten wagen, dafür hat Abg. von Bieberstein-Bosemb der Provinzialvorsitzende des Bundes der Landwirte für Ostpreußen, in einer Versammlung zu Rastenburg mehrere Beispiele geboten. Ueber die Erbanfallsteuer sagte der brave Bündler:

„Meine Herren, die Steuer ist wirklich derart, daß ich keinen Namen für sie habe, ich finde keinen Ausdruck für sie, für diese verabscheuungswürdige Steuer. Wer überhaupt noch Pietät hat, Frau und Kinder liebt, muß unter allen Umständen gegen eine derartige Steuer sein. Wenn man tot ist und Frau und Kinder in tiefster Trauer sind, kommt der Steuerbeamte herein und durchwühlt und durchschnüffelt alles — ich muß den Ausdruck gebrauchen — er tut ja freilich nur seine Pflicht. Was bringt das aber für namenlose Unannehmlichkeiten mit sich. In deutschen Landen lebt die Auffassung, daß es dem Familiensinn nicht entspricht, wenn das Wenige, was er sich in seinem Leben erarbeitet, nachher den Kindern zum Teil wieder weggenommen wird. Von diesem Kapital soll nun noch der Staat einen Anteil ziehen in dem Moment, wo gerade die ganze Familie in tiefe Trauer versetzt ist.“

Das ist freilich schrecklich. Daß der Junker aber vom mühselig erworbenen Brot der Witwe seinen Zollbetrag, vom Bettler seine Branntweinliebesgabe erpreßt, das ist ganz in Ordnung. Seit alters her, seit der Urahne den gewöhnlichen Dieb und Räuber darstellte!

Aus den Memoiren des Herrn von Tiedemann. Die Erinnerungen des ehemaligen Chefs der Reichskanzlei enthalten eine Fülle interessanten Materials. So wird u. a. erzählt: Nach dem ersten Attentat auf Kaiser Wilhelm I. habe sich „ein vielgenannter sozialdemokratischer Agitator“ bei dem Chef der Reichskanzlei melden lassen, der schon früher wertvolle Berichte aus dem sozialdemokratischen Lager geliefert hatte. Aus den Mitteilungen, die er machte, hat Herr von Tiedemann den Eindruck gewonnen, daß das Hödel'sche Attentat nur ein Vorläufer weiterer, direkt gegen den Bestand der Monarchie gerichteten Angriffe sei. Dieser sozialdemokratische Agitator kann nur ein solcher gewesen sein, der im Hauptamte das ehrsame Gewerbe des Polizeispitzels betrieb; denn es ist wirklich nicht einzusehen, was ein wirklich sozialdemokratischer Agitator, noch dazu in diesen bewegten Tagen, bei dem Chef der Reichskanzlei zu suchen gehabt hätte. Es ist längst nachgewiesen, daß Hödel, als er das Attentat verübte, nicht der sozialdemokratischen Partei, sondern der christlich-sozialen Partei des Hofpredigers Stöcker angehörte, und daß die Sozialdemokratie auch nicht das Mindeste mit dem Attentat zu tun hatte. Wenn nun der Herr von Tiedemann den Polizeispitzel, der ihn aufsuchte, und ihm diese wichtigen Mitteilungen machte, wirklich für einen Sozialdemokraten gehalten hat, dann dürfte so Manches erklärlich erscheinen. Bekanntlich hat Bismarck unmittelbar nach dem Attentat telegraphiert: „Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie“! — Aus den Angaben Tiedemanns geht hervor, daß die Polizeispitzel bei der damaligen Episode anscheinend doch eine größere Rolle gespielt haben, als man bisher anzunehmen geneigt war.

Nicht ohne Interesse ist auch, daß Tiedemann erzählt, daß ihn gleich nach dem Attentat der nationalliberale Abgeordnete Dr. Wehrenpfennig besucht habe und ihm bei dieser Gelegenheit die Unterstützung der Nationalliberalen für eine Beseitigung der geheimen Stimmabgabe in Aussicht gestellt hat.

Gegen die Freisinnigen richtet sich ein scharfer Vorstoß des in München erscheinenden Organs der Jungliberalen „Fortschritt“. Das Blatt schreibt in seiner neuesten Nummer: „Die Konservativen im Reich (Junker und Junkergenossen) sind kluge Leute. Der Nachlaßsteuer setzen sie ein donnerndes „Niemals“ entgegen und predigen landauf, landab gegen die gerechteste aller Besitzsteuern. Was gilt die Wette, nach Ostern lenken sie ein und beginnen den Handel von neuem. Unser Freund Müller-Meiningen, der noch heute ein Anhänger des konservativ-liberalen Blockes sein soll, möge uns bald sagen, welches der Kaufpreis sein wird, mit dem sich die Konservativen die Nachlaßsteuer bezahlen lassen.“

Es wird nicht lange verborgen bleiben.

Der Protest der preußischen Förster. Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Borgmann hatte im preußischen Landtage verlangt, daß man die Jagden in den Staatsforsten verpachten solle, anstatt sie den Oberförstern zu überlassen. Er berief sich dabei auf Wünsche, die ihm aus den Kreisen der Förster zugegangen seien. Der Vorstand des Vereins Königl. preußischer Forstbeamten erläßt nun eine Erklärung, in der er bestreitet, daß es Förster gewesen seien, die sich an den Genossen Borgmann gewendet haben. Die Förster wünschen im Gegenteil, daß eine öffentliche Verpachtung der Jagden nicht eintrete. Außerdem wünschen sie nicht, daß ihre Interessen von Sozialdemokraten vertreten werden.

Man tut gut, dieser Erklärung keinen Wert beizumessen; die Förster konnten schließlich nicht anders handeln. Diese Erklärung steht auf derselben Höhe, als wie die Erklärungen von Arbeitern, die in den Fabrikkontoren hergestellt werden.

Die bayerischen Konservativen und die Nachlaßsteuer. Die Landesversammlung der bayerischen Konservativen, die am Sonntag in Nürnberg tagte, hat sich im Gegensatz zu den sächsischen Konservativen gegen die Nachlaßsteuer ausgesprochen. Als Ersatz wurde empfohlen eine Bankumsatz- und Wertzuwachssteuer.

Scharfmacher an der Arbeit. Eine Delegiertenversammlung des Zentralverbandes Deutscher Industrieller findet am 29. April in Berlin statt. Neben der Neuwahl des Direktoriums wird die Versammlung auch Stellung nehmen zum Arbeitskammergesetz und zur Gewerbeordnungsnovelle. — Ganz selbstverständlich ist es, daß auch zu dieser Tagung wieder die Minister mit ihren Räten erscheinen werden, um die Wünsche der Scharfmacher gehorsamst entgegenzunehmen.

Die Wirren in Samoa. Vom Reichskolonialamt liegt eine amtliche Erklärung vor, welche die Gerüchte über Samoa für übertrieben oder direkt falsch erklärt. Die Berichte des Gouverneurs Solf und des Reichswaderchefs sind in Berlin noch nicht eingetroffen. Sofort nach ihrem Eintreffen wird eine amtliche Darstellung der Vorkommnisse erfolgen. Daß der Gouverneur den Eingeborenen einen Schwur geleistet hat, könne möglich sein. Dann habe es sich aber offenbar bloß um einen Akt gehandelt, der in einer bei den Samoanern üblichen Weise vorgenommen wurde, um einstweilen Ruhe zu schaffen. Das Kolonialamt bedauert, daß wir kein eigenes Kabel nach Samoa haben. Aus dem ganzen seitherigen Verhalten des Gouverneurs ist zu schließen, daß von einem Schwur nach europäischen Begriffen keine Rede sein kann.

Die Neubesetzung des Kultusministeriums scheint jetzt in ihr letztes Stadium eingetreten zu sein. Wie die „Information“ erfahren haben will, wird der Reichskanzler dem Kaiser in Venedig über die Frage der Neubesetzung Vortrag halten. Es ist das erste Mal, daß der Reichskanzler direkte Vorschläge in Bezug auf den Nachfolger Dr. Holles dem Monarchen unterbreitet. Nach dem letzten Abschiedsgesuche des Ministers und auf Grund eingehender Erkundigungen im Sanatorium Martinsbrunn ist der Ministerpräsident nunmehr zu der Ueberzeugung gelangt, daß mit einer Wiederaufnahme der amtlichen Tätigkeit Dr. Holles nicht mehr gerechnet werden kann. Fürst Bülow drängt an seine Entscheidung in dieser wichtigen Frage, sodaß noch vor Pfingsten mit der Ernennung des neuen Kultusministers gerechnet werden kann.

Der neue Kultusminister. Wie eine Berliner Korrespondenz von durchaus zuverlässiger Seite gehört haben will, wird als Nachfolger des Dr. Holle der Geheimrat Professor Dr. Harnack die Leitung des Kultusministeriums übernehmen. ?—?—?

Heranziehung der fiskalischen Gewerbebetriebe zu den Gemeindesteuern. Dem Reichstag wird demnächst ein neuer Gesetzentwurf zugehen, der diese längst strittige Materie endgültig regeln soll. Das bestehende Gesetz vom Jahre 1873 hat den Gemeinden großen Nachteil gebracht. Das neue Gesetz soll die Steuerpflicht des Fiskus den Gemeinden gegenüber festlegen. Das Gesetz soll so rasch durchberaten werden, daß es bereits am 1. April 1910 in Kraft treten kann.

Agrarische Wahlparole. Der Bund der Landwirte fordert seine Anhänger im Wahlkreise Stade-Bremervörde auf, bei der morgen, Sonnabend, den 17. April stattfindenden Stichwahl für den nationalliberalen Kandidaten Dr. Hoppe einzutreten. Damit ist, was übrigens vorauszusehen war, die Wahl des Nationalliberalen gesichert.

Ausland.

Der Prozeß Lopuchin in Rußland.

Die Regierung weiß jetzt selber nicht, was sie mit Lopuchin tun soll. Sein Prozeß wird immer wieder hinausgeschoben. Wie in den russischen Zeitungen zu lesen ist, wird er nicht so leicht stattfinden, da die ausländischen Polizeispitzel, die Lopuchin auf seinen Auslandsreisen bewachten, verhört werden sollen. Als ob dies nicht schon lange geschehen konnte.

* * *

Differenzen der englischen Sozialisten. Auf dem Edinburger Parteitag der unabhängigen Arbeiterpartei, über dessen Beginn wir bereits kurz berichtet haben, ist es zu einem Vorfall gekommen, der in ganz England das größte Aufsehen erregt, und von großer Bedeutung für die ganze englische Arbeiterbewegung werden kann. Vier Mitglieder des Verwaltungsrates (Vorstandes), nämlich die Abgeordneten Keir Hardie, Macdonald, Snowden, sowie Bruce Glasier haben ihr Amt niedergelegt und der letztgenannte ist gleichzeitig von der Herausgabe des „Labour Leader“ zurückgetreten. Das ist eine Folge der wenig erquicklichen Streitigkeiten über die Frage der Disziplin in der parlamentarischen Fraktion, die sich namentlich an das Auftreten des Genossen Grayson knüpfen. Wir kommen auf die Sache noch zurück.

* * *

Der Erlaß des französischen Ministerpräsidenten gegen die in Frankreich landenden deutschen Luftballons lautet: Die häufige Landung von fremden Ballons in Frankreich hat die Regierung veranlaßt, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Sie hat beschlossen, daß diese Ballons den vorgeschriebenen Zoll bezahlen müssen, und ferner verfügt, daß die Beamten bei Landungen folgendermaßen verfahren: Sobald ein fremder Ballon auf französischem Gebiet landet, haben die Bürgermeister, Polizeiorgane oder Spezialkommissare unverzüglich die Präfekten zu benachrichtigen und die Zollbeamten zu verständigen. Falls in dem Orte kein Zollbeamter vorhanden ist, sind die Beamten der indirekten Steuern zu bestimmen, die zollamtlichen Formalitäten zu erfüllen. Der Ballon ist so lange zurückzubehalten, bis der Zoll bezahlt ist. Ferner müssen die Luftschiffer ihre Namen angeben, ihre Vornamen, Stand und Wohnort. Sind es Soldaten, so müssen sie ihren Dienstgrad angeben und den Truppenteil, dem sie angehören. Ferner müssen sich die Bürgermeister und Polizeiorgane versichern, daß die Ballonfahrt lediglich wissenschaftlichen Zwecken gedient hat und daß die Luftschiffer keine Spionage ausgeübt haben. Die Beamten haben mir sofort telegraphisch Mitteilung von der Landung eines Ballons zu machen. Ich ersuche die Präfekten, Unterpräfekten, Bürgermeister und Polizeikommissare, diese Instruktion genau auszuführen.

Der Ministerpräsident, Minister des Innern, Clemenceau.

So müssen am Ende die neuesten und vornehmsten Verkehrsmittel dazu dienen, neue Verärgerungen statt neue Anknüpfungen zu ergeben. Der dreimal heilige Militarismus will es so.

Partei-Angelegenheiten.

Die neugierige Polizei. Vor kurzem erschien bei dem Vorsitzenden des Sozialdemokratischen Vereins in Magdeburg, dem Genossen Klühs, ein Kriminalbeamter und bat, da er ständig Berichte über die Jugendbewegung liefern müsse, aber unglücklicherweise sein Material verlegt habe, Klühs möge ihm doch die Namen der Mitglieder des Jugendausschusses nennen. Es sei ja nur eine harmlose Sache, und es handle sich doch

gar nicht um ein Geheimnis. Genosse Klühs erklärte ihm, daß er als Vorsitzender eines politischen Vereines es aus vereinsgesetzlichen Gründen mit aller Absicht vermeide, Beziehungen zu dem Jugendausschuß zu pflegen. Auch bei einigen anderen Genossen fand der Polizeimann keine Erhörung. Wie er sich nun geholfen hat, das zeigt ein Schreiben, das der Polizeipräsident jetzt dem Genossen Klühs sandte:

„Der Jugendbildungsausschuß Magdeburg, dessen Vorsitzender Sie sind, ist ein Verein, der eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt. Sie werden deshalb ..... aufgefordert, bis zum 20. April d. J. die Satzung sowie das Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes einzureichen."

Man kann sich denken, in was für Gewissensnöte dies Schreiben den Genossen Klühs versetzte. Er soll was sein, was er gar nicht ist, und soll was tun, was er gar nicht kann! Ganz abgesehen davon, daß überhaupt kein Mensch den politischen Verein „Jugendbildungsausschuß" kennt.

Uebrigens hat die Polizei auch noch andere Leute in ähnlicher Weise heimgesucht. Auch bei einigen Magdeburger Gewerkschaftsvorständen erschien sie, um zu ergründen, ob die Gewerkschaften politische Vereine seien.

Ein Grabdenkmal für Karl Kloß. Ein Grabdenkmal für den verstorbenen Parteigenossen Karl Kloß wurde Donnerstag Abend, am Tage seines 62. Geburtstages, in Stuttgart enthüllt. Es ist ihm errichtet worden vom deutschen Holzarbeiterverband in Verbindung mit der Stuttgarter Parteiorganisation. Es besteht aus einem Schwarzwälder Granitblock von über 2 Meter Höhe, einem sogenannten Findling, der in seiner natürlichen Form erhalten geblieben ist und einen imposanten Eindruck macht. In diesen Stein ist ein Bronze-Medaillon eingelassen, das vom Stuttgarter Bildhauer Kiemlen modelliert ist und den Kopf des Verstorbenen in schön ausgeführtem Relief wiedergibt. Die stimmungsvolle Feier lieferte den Beweis für die hohe Verehrung, die Karl Kloß bei der Arbeiterschaft genossen hat. — Namens des Deutschen Holzarbeiterverbandes übergab der Vorsitzende Genosse Theodor Leipart das Grabdenkmal den organisierten Arbeitern Stuttgarts, für die es der Reichstagsabgeordnete Hildenbrand in Empfang nahm und die Versicherung aussprach, daß es in guter Ehrung gehalten werden würde.

Gesangschöre eröffneten und schlossen die Feier, nach welcher die Teilnehmer am Denkmal vorüberzogen.

Arbeiterbewegung.

Gewerkschaftlicher Zusammenschluß im Baugewerbe. Der Verbandstag der baugewerblichen Hilfsarbeiter beschloß gestern einstimmig den Anschluß an den Maurerverband.

Maurerstreik in Lemgo. Die organisierten Maurer in Lemgo (Lippe) hatten bereits im Vorjahre Lohnforderungen eingereicht, die sie aber der ungünstigen Konjunktur wegen wieder fallen lassen mußten. Als sie dieses Frühjahr ihre Forderungen erneuerten, lehnte der Arbeitgeberverband rundweg ab. Die Maurer sind deshalb nach abgelaufener Kündigung am Ostersonnabend in den Streik getreten. Ihre Forderungen lauten 45 Pfg. Stundenlohn statt bisher 40 Pfg., 10stündige Arbeitszeit statt bisher 11½stündige, bessere Baubuden 2c.

Leutenot auf dem Lande. Wegen Mißhandlung gröblichster Art hatte der Dienstknecht Gottschalk in Kissenbrück bei Braunschweig den Dienst verlassen. Der Dienstherr Salle hatte trotzdem den Mut, eine Anzeige wegen Kontraktbruches gegen Gottschalk zu erstatten. Gegen einen Strafbefehl über 15 Mk. legte der Beklagte Beschwerde beim Wolfenbütteler Schöffengericht ein. Die Zeugenaussagen bestätigten die Angaben des gequälten Arbeiters in vollem Maße. Das Gericht erklärte in seiner Urteilsbegründung, daß die Behandlung des Dienstknechts mit ungewöhnlicher Härte erfolgt sei.

Wegen Kontraktbruches sind schon mehrfach Arbeiter von dem Wolfenbütteler Schöffengerichte zu 10 Tagen Gefängnis verurteilt worden.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 16. April.

Es gibt gar keine sozialdemokratischen Vereine!

Diese neueste Entdeckung hat sich die fünfte Strafkammer des Leipziger Landgerichts als Berufungsinstanz geleistet. Seit Jahren weisen unsere Gegner mit betrübter Miene auf die stramme und festgefügte Organisation der sozialdemokratischen Vereine hin und machen die verzweifeltsten Anstrengungen, mit ungeheueren Opfern, wenn auch wenig Erfolg, sogenannte „nationale" Vereinchen als Gegengewicht gegen die sozialdemokratischen Vereine aufzupäppeln. Und nun kommt auf einmal ein Leipziger Gericht, disputiert die sozialdemokratischen Vereine mit einigen Redefloskeln hinweg und erklärt den Herrschaften: Was wollt Ihr denn? Sozialdemokratische Vereine? Gibt es gar nicht. Eure Angst war ganz überflüssig, das sind gar keine Vereine, sondern nur leere Namen.

Zu dieser „juristischen" Leistung gab die Berufung des Staatsanwalts gegen den am 5. März vom Schöffengericht freigesprochenen Genossen Lipinski Veranlassung. Lipinski war, genau wie in Breslau Genosse Neukirch, beschuldigt, eine öffentliche Versammlung nicht vorschriftsgemäß bekannt gemacht, sie nicht bei der Behörde angemeldet zu haben. Er wurde aber freigesprochen, weil er überzeugend nachweisen konnte, daß es sich um eine Mitgliederversammlung eines festgegliederten Vereins handelte, die nach den Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes nicht angemeldet zu werden brauchte. Der Leipziger Staatsanwaltschaft paßte dieser Entscheid jedoch schon deshalb nicht, weil die vorgesetzte Behörde eine endgiltige gerichtliche Entscheidung gewünscht hatte. Deshalb legte sie Berufung ein. Das Landgericht hatte nun zu entscheiden, ob es sich um eine öffentliche Versammlung handelte. Es hat diese Frage, ebenso wie das Breslauer, bejaht und sich dabei folgende, geradezu verblüffende „Begründung" geleistet: „Es handelt sich nicht etwa um einen Verein, denn das, was sich Vereine nennt, sind gar keine Vereine, sondern nur Unterabteilungen im System der sozialdemokratischen Organisation über ganz Deutschland, die sich bloß den Namen Verein beigelegt haben. Das geht schon aus der räumlichen und numerischen Ausdehnung der angeblichen Vereine hervor und daraus, daß der Erwerb der Mitgliedschaft ein sehr leichter ist. Außerdem kommt in Betracht, daß es sich um eine Versammlung zweier derartiger angeblicher Vereine handelt."

Daraufhin wurde das erste Urteil aufgehoben und auf 30 Mark Geldstrafe erkannt.

Und nun sage noch einer, daß die Justiz nicht auf der Höhe der Zeit stehe und nicht wisse, warum das neue Reichsvereinsgesetz geschaffen worden ist.

Bis auf diese Höhe wagte sich nicht einmal der verflossene Herr Bienko! Und das will doch gewiß etwas heißen!

† **Jahrhundertfeier der Einführung der Städteordnung in Breslau.** Während der Festlichkeit, die am Sonnabend, den 17. d. Mts. 11¼ Uhr Mittags, im Stadttheater für die Stadtverordneten und anderen ehrenamtlich tätigen Personen beginnt, wird von Mittags 12 Uhr ab ein Bläserchor vom Rathausturm herab feierliche Weisen spielen und so der Bevölkerung die Weihe des Tages künden. — Der Zudrang zu dem Abends im Schießwerdersaale stattfindenden Kommers, zu dem, soweit der Platz ausreicht, jeder Bürger freien Zutritt hat, wird ein überaus starker sein; es sei daher nochmals darauf verwiesen, daß diejenigen, welche keine Festeinladung besitzen, Zutritt nur erhalten können, wenn sie vorher auf der Rathaus-Inspektion sich eine Eintrittskarte auf ihren Namen haben ausstellen lassen.

* **Metallarbeiter-Verband.** Elektromonteure! Wir geben hiermit bekannt, daß die für Sonntag, den 18. d. Mts., angesetzte Branchenversammlung wegen der an diesem Tage stattfindenden Wahl ausfällt. Die Ortsverwaltung.

* **Breslauer Theaterchronik.** Herr Arthur Corfield-Mercer ist auf Grund seiner Gastspiele als Don José, Pedro und Lohengrin für das Breslauer Stadt-Theater engagiert worden. — Ferner teilt uns Herr Klaproth, der Komiker des Schauspielhauses, mit, daß er von der Direktion auf weitere drei Jahre verpflichtet worden sei.

Stadt-Theater. Heute: „Elektra". (Anfang 8 Uhr.) Sonnabend wird Verdis Oper „Der Troubadour" in Verbindung mit Mascagnis Oper „Cavalleria Rusticana" gegeben. Sonntag gelangt Mozarts große Oper „Die Zauberflöte" zur Aufführung. Am Nachmittag geht Schönthans Schwank „Der Raub der Sabinerinnen" in Szene. Montag: „Der Barbier von Bagdad" und „Versiegelt".

* **Lobe-Theater.** Oskar Blumenthals Komödie „Zwischen Ja und Nein" wird heute wiederholt. Sonnabend und Sonntag finden Aufführungen von Sulivans beliebter Operette „Der Mikado" statt. Nachmittags wird zu kleinen Preisen Lehars populäre Operette „Der Rastelbinder" gegeben. Auf Montag ist, vielfachen Wünschen entsprechend, eine Wiederholung der erfolgreichen Komödie „Moral" von Ludwig Thoma angesetzt. Den Abend eröffnet die erste Aufführung des Einakters „Die Nihilistin" von Kurt Neurode.

* **Thalia-Theater.** Das mit großem Beifall aufgenommene französische Lustspiel „Der kleine König" wird am Sonntag zur Aufführung gebracht. Dazu wird Brandon Thomas' ausgelassener Schwank „Charleys Tante" gegeben.

Als erste Vorstellung für Gruppe M. wird Sonnabend Beyerleins Drama „Zapfenstreich" gegeben.

* **Schauspielhaus.** Heute Bub oder Mädel. Zum ersten Male gelangt am Sonnabend Shakespeares „Othello" zur Aufführung. Da das Interesse für diese Klassikervorstellung sehr rege ist, wird „Othello" am Sonntag Abend wiederholt werden. Sonntag Nachmittag geht Strauß' „Fledermaus" in Szene. Montag „Die Förster-Christel".

* **Liebichs Etablissement.** Von heute an werden die internationale Konzertsängerin Frieda Rudolph — der Musikal-Virtuose Luigi Dell'Oro — der Humorist Moritz Heyden und das Klavier-Phänomen Willy Weston mit teilweise neuem Repertoire aufwarten.

* **Viktoria-Theater.** Heute beginnt das Theater Job Classen ein auf zwei Wochen berechnetes Gastspiel. Zur Aufführung gelangt die dreiaktige Burleske „Der Mann mit dem Himmel".

* **Der Fahrrad-Diebstahl blüht!** Der Polizeibericht meldet heute folgende Fälle: Am 6. d. Mts. wurde auf der Scheinigerstraße ein Fahrrad Marke „Sperber" gestohlen; am 7. d. Mts. auf der Blumenstraße ein Fahrrad Marke „Claich Pfeil" Nr. 54 859. Am 9. d. Mts. auf der Neuen Gasse ein Fahrrad Marke „Triumph". Am 6. d. Mts. auf dem städtischen Schlachthof ein Fahrrad Marke „Achilles" Nr. 249 893. Am 10. d. Mts. auf der Klosterstraße eins Marke „Styria" Nr. 56522; am selben Tage auf der Sternstraße ein solches Marke „Solid" Nr. 28808; am 13. d. M. auf der Schrotgasse ein Fahrrad Marke „Orkan"; am selben Tage auf der Königsstraße eins, Marke unbekannt, Nr. 89465; am 12. d. M. auf der Tauentzienstraße ein „Westfalenrad" Nr. 213892; am 8. d. M. auf der Buddestraße eine Fahrradlaterne. Angaben zur Ermittelung werden nach Zimmer 51 des Polizeipräsidiums erbeten.

Aus Schlesien und Posen.

Ohlau, 15. April. Ein schrecklicher Unglücksfall passierte heut Nachmittag in der 2. Stunde auf dem neuen Wege. Die Pferde des Stellenbesitzers Wiczoreck aus Daupe, welche vor einen Kohlenwagen gespannt waren, wurden plötzlich scheu, und gingen durch. Der Kutscher stürzte herab und beide Räder gingen demselben über die Brust. Der Tod trat sofort ein. Der Verunglückte ist verheiratet und Vater von 9 Kindern.

Neueste Nachrichten.

Steuersturm auf Bülow.

Berlin, 16. April. (H. T.-B.) Wie der „L.-A." erfährt, wird Fürst Bülow am 20. April, dem Tage des Zusammentritts des Reichstages, Abordnungen aus verschiedenen Teilen des Reiches zur Entgegennahme von Adressen zu Gunsten der Reichsfinanzreform empfangen. Man erwartet, daß der Reichskanzler bei dieser Gelegenheit eine bedeutungsvolle Ansprache halten und noch einmal die für die verbündeten Regierungen leitenden Gesichtspunkte darlegen wird.

Kriegerische Auseinandersetzungen in der Türkei.

Konstantinopel, 16. April. (H. T.-B.) In der Kammer wurden gestern Telegramme verlesen, wonach in Saloniki, Monastir und Janina Truppen dem Komitee treu geblieben sind. Ein Telegramm, das vom Kommandeur des III. Armeekorps, den Metropoliten und anderen hohen Beamten in Saloniki unterschrieben ist, verlangt die Wiedereinsetzung des alten Kabinetts, widrigenfalls das III. Armeekorps nach Konstantinopel marschieren würde. Ein Telegramm des osmanischen Lloyds aus Saloniki, daß heute veröffentlicht wird, besagt, daß die Bevölkerung in Saloniki ruhig ist. Tausende von Freiwilligen aller Rassen haben sich in die Stammrolle eingeschrieben. Ein Massen-Meeting wurde auf dem Exerzierplatze veranstaltet. Ganz Mazedonien ist den Prinzipien der Konstitution treu.

Saloniki, 16. April. (H. T.-B.) Das hiesige jungtürkische Komitee hat in einer Versammlung gegen den Kabinettswechsel protestiert und beschlossen, mit dem mobilisierten III. Armeekorps nach Konstantinopel zu marschieren. Jazi Baz wird mit 10.000 Freiwilligen erwartet.

Sofia, 16. April. (H. T.-B.) Nach den hier einlaufenden Meldungen ist es wahrscheinlich, daß es, falls die Truppen von Saloniki nach Konstantinopel marschieren, zwischen diesen und den in Adrianopel befindlichen reaktionären Truppen zu einem Zusammenstoß kommen dürfte. Die Regierung verfügte die Zurückberufung der auf Osterurlaub befindlichen Offiziere und Mannschaften.

Sofia, 16. April. (H. T.-B.) In Philippopel sind zahlreiche flüchtige Jungtürken, sowie Offiziere und Zivilisten eingetroffen.

London, 16. April. (H. T.-B.) Hier ist man der Ueberzeugung, daß in Saloniki eine Gegenrevolution im Gange ist. Wahrscheinlich werden Frankreich, England und Rußland im Falle der Wiederherstellung des Achmedschen Regimes in Konstantinopel einen Druck ausüben.

Konstantinopel, 16. April. (H. T.-B.) Nachrichten aus der Provinz sagen, daß die Verfassung nicht fallen dürfe, widrigenfalls Truppen in Konstantinopel einmarschieren. Neue Beunruhigung wird dadurch hervorgerufen, daß die Marinesoldaten gestern Abend vor dem Marineministerium eine Kundgebung veranstalteten. Sie wollen angeblich einen anderen Marineminister.

Konstantinopel, 16. April. (H. T.-B.) In verschiedenen Orten Armeniens kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Armeniern und Türken.

Konstantinopel, 16. April. (H. T.-B.) Matrosen vom Kriegsschiff „Assar Tewfik" brachten einen gefangenen Offizier nach dem Yildiz und zeigten ihn dem Sultan, der am Fenster stand. Sie erzählten, daß der Offizier Befehl gegeben habe, ein Geschütz auf den Yildiz und die Pforte abzufeuern. Der Sultan sagte, ohne daß er den Offizier befragte, er möchte nach dem Yildiz gebracht werden, wo er gemäß der Scheriatsrechte zum Tode verurteilt und an der Brücke des Yildiz aufgehängt werden sollte. Zugleich machte er das Zeichen des Bedauerns, indem er die Hände hoch hob. Dies faßten die Matrosen falsch auf, schlugen den Offizier nieder und stachen ihn mit Bajonetten tot und hängten ihn an einem Baume der Yildiz Moschee auf.

Wien, 16. April. (H. T.-B.) Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Saloniki verlautet dort, daß die türkischen Militärattachees in Berlin und Wien ihre Demission gegeben haben.

Der Aetna in Tätigkeit.

Rom, 16. April. (H. T.-B.) Der Ausbruch des Aetna nimmt größeren Umfang an. Ein heftiger Aschenregen ist über Catanea und Umgegend niedergegangen. Die Einwohner flüchteten. Die Saaten sind vernichtet. Auch der Stromboli ist in Tätigkeit.

Erdbeben auf dem Hunsrück.

Trier, 16. April. (H. T.-B.) Einer telegraphischen Meldung der „Landesztg." zufolge wurde gestern Vormittag 8 Uhr 45 Min. in den Hunsrückdörfern Schöndorf, Olmoth und Lampaden ein von Osten nach Westen laufender heftiger Erdstoß verspürt, der von unterirdischem Rollen begleitet war.

Dresden, 16. April. (H. T.-B.) Die unter Leitung des Berliner Anarchistenführers Lange tagende Konferenz sächsischer Anarchisten befürworteten den Zusammenschluß aller Anarchisten Deutschlands und beschloß die Einsetzung eines Agitationskomitees zur Abhaltung jährlicher Zusammenkünfte.

Paris, 16. April. (H. T.-B.) Eine Versammlung von Postbeamten, an der 400 Personen teilnahmen, beschloß die Umwandlung des Generalverbandes der Postbeamten in ein Syndikat und Ablehnung des von der Regierung geplanten Statuts der Staatsbehörden.

Paris, 16. April. (H. T.-B.) Eine Feuersbrunst zerstörte in der letzten Nacht ein großes Druckereigebäude, in dem mehrere Zeitungen gedruckt werden, sodaß diese heute morgen nicht erscheinen konnten. Arbeiter sind nicht zu Schaden gekommen. Der Materialschaden ist bedeutend.

New York, 16. April. (H. T.-B.) Der deutsche Dampfer „Wittekind" ist auf der Fahrt von Baltimore nach Bremen in der Nähe des Kaps Charles auf Grund geraten. Der Dampfer führt gewöhnliche Ladung und hat keine Passagiere an Bord.

Briefkasten.

Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt.
Sprechstunden der Redaktion: Wochentags v. 12—1 Uhr Mittags.

L. Z., Schweidnitz. 1. Wer im Jahre 1905 aus der Kirche ausgetreten ist, war nur bis Ende 1906 zur Zahlung von Kirchensteuer verpflichtet. 2. Ja, die Kirchensteuer kann schon bei Einkommen bis 420 Mark erhoben werden.

K. H. 100. 1. Das Einkommen der Frau wird mit dem des Mannes zusammen als ein Einkommen versteuert. 2. Das Steuerjahr läuft vom 1. April bis 31. März, das Einschätzungsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember.

Märzdorf. 1. Die Ergänzungssteuer beträgt bei einem steuerbaren Vermögen von mehr als 6000 bis einschließlich 8000 Mark 3 Mark, 10.000 Mark 4 Mark, 12.000 Mark 5 Mark, 14.000 Mark 6 Mk., 16.000 Mk. 7 Mk., 18.000 Mk. 8 Mk., 20.000 Mk. 9 Mk., 22.000 Mk. 10 Mk., 24.000 Mk. 11 Mk., 26.000 Mk. 12 Mk., mehr als 28—32 000 Mk. 14 Mk. 2. Ja.

J. Märzischestraße. 1. Die Frau hat keinen Grund zur Scheidung. 2. Das kommt auf den Mann an. 3. Nein. Am besten ist es, Sie tragen die Sache nochmals mündlich im Arbeiter-Sekretariat vor.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Freitag, den 16. April:

Krankenkassenverband. Abends 8 Uhr: Zahltag. Zimmer 2.

Sonntag, den 18. April:

Metallarbeiter-Verband. Von 10—4 Uhr: Wahl der Delegierten. Zimmer 1.

Arbeiter-Sängerbund. Nachmittags 4 Uhr: Versammlung. Zimmer 3.

Schiffszimmerer. Nachmittags 4 Uhr: Versammlung. Zimmer 1.

Schriftgießer. Vormittags 11 Uhr: Versammlung. Zimmer 7.

Montag, den 19. April:

Bibliotheks-Abend des Sozialdemokratischen Vereins 7—9 Uhr Abends im Zimmer 7.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

An die Bezirksführer!

Die Mitglieder, die am Zahlabend ihre Beiträge nicht bezahlt haben, sind stets in der Wohnung zu kassieren. Die Bezirksführer werden ersucht, dies streng zu beachten, damit durch ihre Schuld kein Mitglied mit seinen Beiträgen in Rückstand kommt. Vierteljährlich ist von den Mitgliedern eine Wahlfondsmarke zu kleben.

Die monatliche Abrechnung der Bezirksführer ist Montag, den 26. April, in den Distriktslokalen.

Distrikt 17.

Die „Volkswacht-Agitation", die für den 18. d. M. vorgesehen war, findet erst Sonntag, den 25. April, statt.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land) Neumarkt.

Landdistrikt 4 (Gräbschen). Die Genossen aus dem Distrikt, die am Sonntag, den 18. April, an dem Besuch des Museums für bildende Künste teilnehmen wollen, werden ersucht, sich früh um 10 Uhr bei Rupprich oder um 10½ Uhr vor dem Museum am Museumsplatz in Breslau einzufinden. Jedenfalls müssen die Beteiligten pünktlich zur Stelle sein.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Schiller. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6. — Verlag von Oskar Schiff. — Druck von Th. Schatz G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. Hierzu 1 Beilage.

Stadt-Theater.

Freitag, 8 Uhr:
„Elektra".
Sonnabend, 7½ Uhr:
„Der Troubadour".
„Cavalleria rusticana".
Sonntag, nachmittags 3½ Uhr:
„Der Raub der Sabinerinnen".
Abends 7½ Uhr:
„Die Zauberflöte".

Lobe-Theater.

Freitag, 7½ Uhr:
„Zwischen Ja und Nein".
Sonnabend, 7½ Uhr:
„Der Mikado".
Sonntag, nachmittags 3½ Uhr:
„Der Rastelbinder".
Abends 7½ Uhr:
„Der Mikado".

Thalia-Theater.

Sonnabend:
Gruppe M 1. Vorstellung:
„Der Zapfenstreich".
Sonntag, 7½ Uhr:
„Der kleine König".
„Charleys Tante".
Billettverkauf: Sonnabend von 10—2 Uhr, Sonntag von 11—2 Uhr im Thalia-Theater und im Stadt-Theater.

Schauspielhaus

Freitag, 8 Uhr:
„Bub oder Mädel".
Sonnabend, 8 Uhr:
zum 1. Male:
„Othello, der Mohr von Venedig".
Sonntag, nachmittags 3½ Uhr:
„Die Fledermaus".
Abends 8 Uhr:
„Othello, der Mohr von Venedig".

Viktoria-Theater

Vom 16.—30. April Gastspiel des Theater

Job-Classen

Zum 1. Male in Breslau!

Freitag, 16. April u. folgende Tage.

Anfang ½8 Uhr.

Lachen ohne Ende!

Der Mann mit dem Fimmel.

Burleske in 3 Akten von M. Geisthövel. 1835

Preise wie gewöhnlich. — Bons gültig.

Buchhandlung Volkswacht.
Der wahre Jakob, Witzblatt, wöchentlich . . . 0.10

Trinkt Malzkaffee Bamf.

1806

Buchhandlung Volkswacht.
Volks-Fremdwörterbuch von Wilh. Liebknecht 3.20

Liebich's Etablissement.

Täglich:
Mabel May-Yong
Willy Weston etc.
Anfang 7½ Uhr.

Viktoria-Theater.

12 Attraktionen 12

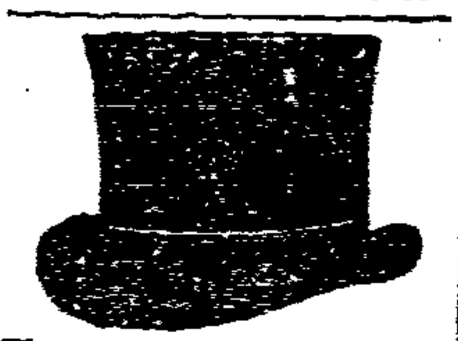
Anfang 7½ Uhr.

Bons Wochentags gültig.

Palmengarten.

In. H. Krsinsik.
Ein
Rosen-Fest in Nizza
Ungarisches Blas-Orchester.
Entree frei.

8 Pf. Reformbier 8 Pf.



Hermann Barth

Gräbschenerstr. 12,
Adalbertstr. 2.
Billigste Quelle für (1321
Hüte und Mützen, Strohhüte.

Möbel

Spiegel
Polsterwaren
Herrengarderobe
auf
Teilzahlung
bei geringster Anzahlung
evtl. auch ohne Anzahlung
nur bei 1440

Bequemste Abzahlung! — Billigste Preise!

M. Eisinger,
Friedrich-Karlstraße 2, I,
Ecke Friedrich-Wilhelmstr.

Massiv
goldene Trauringe,
Paar 12, 15, 24, 36, 40 Mk.
Alfred Herzog,
Juwelier
8, Ohlauerstraße 8.

Zeltgarten.

Heute Freitag, Beginn der großen Internationalen
Ringkampf-Konkurrenz
um den großen Preis von Schlesien **2500 M.** in bar.

Bis jetzt gemeldet:

1. **Ivanoff Wasielewsky**, Meisterringer von Russisch-Polen.
2. **Petrowitsch**, Meisterringer von Serbien.
3. **Emil Nitschke**, Leichtgewichtsmeisterringer v. Deutschl. 1908.
4. **Apollon de Colosse**, 300 Pfd. schwer, Champion v. Belgien.
5. **Toni Aschner**, Meisterringer von Bayern.
6. **Georg Strenze**, Meisterschaftsringer v. Deutschl. 1908-09.
7. **Georg Burghardt**, Österreich, Sieger i. d. Europameisterschaft, Zürich 08.
8. **Rugerio Tibertio**, Leichtgewichtsmeisterringer v. Italien.
9. Kraftathlet **Subomanoff**, Rußland.
10. **Jak Lewis**, Neger-Champion von Amerika.
11. **Roszak**, Meisterringer v. Polen.
12. Bergathlet **Michailoff**, Sibirien.
13. **Fred. Markussen**, Dänemark, Mittelgew.-Weltmeisterringer, Paris 1908.
14. **Madrally**, Armenien, genannt der Schrecken von Armenien.
15. **Christensen**, Schweden.

Dazu ganz neue Spezialitäten.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

(Verwaltungsstelle Breslau).
Büro: Nikolaistraße 27, I. — Geöffnet von 8—1 u. 3—6 Uhr. — Telephon 9133.

Achtung! Kollegen und Kolleginnen! Achtung!

Sonntag, den 18. April, von vorm. 9 bis nachm. 4 Uhr:

Wahl der Delegierten

zur 6. Generalversammlung in München

in folgenden Lokalen:

1. **„Im roten Löwen"**, Kupferschmiedestraße 21,
2. **Jahn**, Brennerei Rother, Matthiasstraße 35,
3. **Barthel**, Leuthenstraße 40,
4. **Bartsch**, Neue Tauentzienstraße 30,
5. **Bauch**, (zur neuen Markthalle), Friedrichstraße 50a (Eisenbahnbogen).

Kandidatenlisten, als Stimmzettel zu benutzen, sind in den **Wahllokalen** zu haben. Das **Mitgliedsbuch** ist mitzubringen und wird abgestempelt. (Gestellt 1909). Den Mitgliedern ist es freigestellt, in welchem Lokale sie wählen wollen.
Alle Kollegen und Kolleginnen werden auf das dringendste ersucht, ihr Stimmrecht auszuüben. Ein längerer Aufenthalt im Wahllokal ist nicht gestattet.
1841
Mit koll. Gruß
Die Ortsverwaltung. J. A.: J. Riedel, Bev.

Volksvorstellung 1908/9.

(Stadt-Theater).
XVIII. Vorstellung.
Sonntag, den 18. April,
Vorm. 11½ Uhr:

„Der Freischütz"

von Karl Maria v. Weber.

I. Rang-Loge, Orchesterloge und Parkett 1,00 Mk., Stehgalerie 0,20 Mk.

Textbücher à 0,20 Mk.

Zu haben in der Expedition der Volkswacht.

Beliebt

bei Allen ist die allein echte:
Steckenpferd-Lilienmilch-Seife
von **Bergmann & Co., Radebeul,**
denn diese erzeugt ein **zartes, reines Gesicht, rosiges, jugendfrisches Aussehen, weiße sammetweiche Haut** und **blendend schönen Teint.**
à Stück 50 Pfg. bei: 1576
S. G. Schwartz, Ohlauerstraße 4.
Herm. Baumgart, Gertraudenstraße 21.
Gust. Eckardt, Moltkestraße 1.
Franz Jaeckel, Schmiedebrücke 30.
Franz Gröschel, Leuthenstraße 60.
Rob. Kalinke, Neudorfstraße 22.
Paul Kriegel, Waterlooplatz.
Rob. Kerschner, Neumarkt.
Rich. Schubert, Webskystraße 18.
Kränzelmarkt-Apotheke, Hintermarkt.

Hut-Banke

Inh.: **Joh. Tessmer**
Friedrich-Wilhelmstr. 23.

1292

Hüte, nur gute, reelle Qualitäten, für Herren und Knaben.
Mützen, Stöcke, Schirme zu billigsten Preisen.
Annahme sämtl. Hut-Reparatur.

: Fahrräder :

von über 150 Stück am Lager, sämtliche Modelle und in feinster Qualität, sowie **Ersatz- u. Zubehörteile** jeder Art kaufen Sie am **besten** und **billigsten** nur bei
Ferdinand Kaizler
Waldenburg i. Schl., Auenstr. 36.
1716

Eine jede kluge
Mutter gebraucht nur **Spül-Spritzen**
D. R. G. M. à 4, 6, 8, 10.12 M.
a. d. Alleinverk. W. Schlegel
Breslau I, Nikolaistrasse 21.
Verletz. ausgeschl., sicher d. Beste. Zahlr. Anerk. Bedien. f. Damen sep. I. Et. Hauseing. Diskr. Versand. Nachn.

Strohhüte
für Damen, Herren und Kinder
billigst **direkt** Strohhut- in der Fabrik
Neue Graupenstraße 11, Hof.
Freund & Krebs.
Strohhüte werden modernisiert.
1461

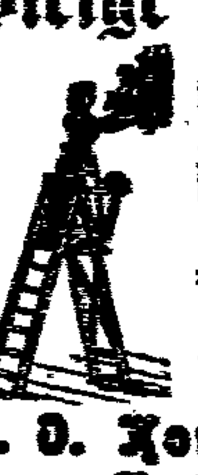
Gummi-Waren

Sämtliche Systeme 1695
Spül-Spritzen
A. Kindler, Breslau, Junkernstr. 35.

Nur Albrechtsstr. 41,

2. Etage 1835
Kleiderfabrik M. Juliusberger
Anzüge moderne Stoffe
8.50 Mk.
nach Maß elegant gut sitzend
17.50 Mk.

Steige-Leitern



aller Systeme für Haus- und gewerbliche Zwecke, den gesetzlichen Anford. entsprechend
von **3,50** an
liefert die Spezialfabrik von
C. O. Kornmann,
Breslau,
Taschenstraße 28/29.
Kl. Groschengasse 22. 1437

Die Volksschule wie sie ist
von Otto Rühle
Preis 30 Pfg.
Zu beziehen durch die Expedition und Kolporteure.

Liegnitz. Liegnitz.

Zur Gewerbegerichts-Wahl

sind von den **freien Gewerkschaften** als **Kandidaten der Arbeitnehmer** aufgestellt worden:

Renner, Heinrich, Tischler,
Eschrich, Robert, Schuhmacher,
Teuscher Hermann, Handschuhmacher.
Forscht, Heinrich, Textilarbeiter,
Brauner, Josef, Töpfer,
Friese, Franz, Tischler.

Wahlberechtigt sind alle Arbeiter, Gesellen, Gehilfen rc., welche das 25. Lebensjahr vollendet haben und **im Bezirke des Gewerbegerichts beschäftigt sind, oder**, falls sie außerhalb dieses Bezirkes in Arbeit stehen, **wohnen**. Desgleichen sind als Arbeitnehmer wahlberechtigt alle selbständigen Gewerbetreibende, welche nicht regelmäßig einen Arbeiter das ganze Jahr beschäftigen, sowie alle Betriebsbeamte und Werkmeister, deren Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt 2000 Mk. nicht übersteigt.

Damit niemand von der Ausübung des Wahlrechts ausgeschlossen **wird**, ist es notwendig, daß jeder Wähler mit einer Bescheinigung über seine Wahlberechtigung versehen ist. Die Bescheinigung wird von der Polizeibehörde unentgeltlich verabfolgt, sie kann auch vom Arbeitgeber ausgestellt werden.

Die Wahl findet

Sonntag, den 2. Mai d. Js.,
von 11 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags
im **neuen Rathause** statt.

Es wählen alle Wähler mit den Anfangsbuchstaben **A** bis einschließlich **M** im Stadtverordneten-Sitzungssaale, **N** bis **Z** im Zimmer 56.

Die Wahl ist geheim und sind Stimmzettel mit obigen Namen vor den Wahllokalen am Tage der Wahl zu haben. 1540

Das Gewerkschaftskartell.

5 spottbillige Verkaufstage

Stöcke 45 Pfg. Schirme 1.95 Mk.
Gratis zu jed. Hut 1 Hutbürste.

ca. 1000 Herren-Hüte 1.85 M.
steif und weich, schwarz und farbig
Herren- u. Knabenmützen, nur gute Stoffe, 30 Pf.
500 Klapp- u. Zylinderhüte 3.75 M.

Stroh-Hüte
grösste Auswahl, billigste Preise.
H. Schönfeld 1887
Schmiedebrücke 17/18, Albrechtstr. 51, Adalbertstr. 6.

Neu eröffnet! Ausschneiden!

Atelier „Moltke"

Photographische Kunstanstalt,
Breslau X, Moltkestr. 6, ptr.

(Bitte genau auf die Hausnummer zu achten.)
Abteilung I: **Moderne Photographie.** 1839
Abteilung II: **Vergrößerungen und Schmuckartikel** m. Semi-Emaille-Porträts nach jeder Photographie.
1 Dtzd. Visitbilder ff. Ausführung von 2.50 M. an.
Auf alle Bilderpreise gewähre ich vom 16. April bis 31. Juni d. J.
10% Rabatt bei Vorzeigung dieser Annonce.

Panther-, Corona- und Gloria-Fahrräder

sind die besten der Welt.
Gloria-Fahrräder zu 75, 78.50, 85, 125 Mk.
Kataloge gratis und franko.
Johann Swienty, Breslau V, Höfchenstr. 28
Tel. 10588. **Filiale Klettendorf.** Tel. 10588. 1222
Best eingerichtete Reparatur-Werkstätte für alle Systeme.

1191

Zu billigsten Preisen

kauft man das eleganteste und haltbarste **Schuhwerk**
in **Kinder- und Strandschuhen,**
sowie Holz- u. andere Pantoffeln zu streng reellen Preisen nur bei
Robert Kretschmer, Schuhmachermstr.,
Friedrich-Wilhelmstraße 52, gegenüber der Friedrich-Karlstr.

Haus- u. Küchengeräte sowie kompl. Einrichtungen, Werkzeuge für Maurer, Zimmerer und Tischler
kaufen Sie reell und billig bei 782
Paul Hauschild jr.,
Eisenwarenhandlung.
102 Friedrich-Wilhelmstrasse 102.

„In freien Stunden".

Illustrierte Roman-Bibliothek, Heft 10 Pfennige.
Durch die Expedition und Kolporteure zu beziehen.

Heinrich's Konfektionshaus

Reuschestrasse 7, Eckhaus Büttnerstr.

6.95 eleganter **engl. Paletot** prima Arbeit.
1.95 **2.95** weisse Stickerei-Blusen.
1910

Beilage zu Nr. 89 der „Volkswacht".

Sonnabend, den 17. April 1909.

Die alttürkische Reaktion.

So schnell, wie sie aufgestiegen war, so schnell ist die jungtürkische Herrschaft auch zusammengebrochen. Widerstandslos haben sich den Jungtürken nach der Juli-Revolution alle Gewalten in Konstantinopel unterworfen und sie, die nun Regierung, Parlament, Heer und Flotte völlig in ihrer Hand zu haben schienen, die den Sultan wie einen Gefangenen durch die allergetreuesten Solonikier Schützen bewachen ließen, die im Parlament über eine nie versagende Mehrheit verfügten, die noch beim Sturze Kiamil Paschas drohend die Mündungen der Schiffsgeschütze gegen die Anhänger der Liberalen Union kehren konnten: sie sehen nun die gesamte Garnison der Hauptstadt gegen sich in Aufruhr, und die Flotte rüstet sich, etwaige Truppensendungen aus Saloniki abzuweisen. Und wie die Schützen ihren Offizieren untreu geworden sind, so hat nicht minder die Kammermehrheit rasch den neuen Herren gehuldigt und schart sich um den Albanerführer Ismail Kemal, der noch in der vorigen Woche bei seinem Versuch, die Annahme des Ententeprotokolls zu verhindern, mit einer kleinen Schar in der Minderheit blieb. Achmed Riza aber, der Führer der Jungtürken im Exil, den die Kammer bei ihrem Zusammentritt durch einstimmigen Beschluß zu ihrem Präsidenten erkoren hatte, in ihrer Person und Würde die Macht des Komitees am vollkommensten verkörpert, hat sich geflüchtet oder hält sich versteckt, um dem Tode zu entgehen; wurde doch der Justizminister von der Menge ermordet, weil man ihn mit dem Kammerpräsidenten verwechselte.

Es ist mehr als äußerliche Aehnlichkeit, was den Aufstieg und den Niedergang fast in gleichen Vorgängen und mit gleicher verblüffender Plötzlichkeit erfolgen läßt. Die Jungtürken brachten das Reich unter ihre Herrschaft als eine Geheimgesellschaft verschworener Offiziere, die über die schlagfertige militärische Macht oder, besser gesagt, über deren wichtigste Armeekorps gebot. Die Soldaten folgten ihnen in einer Stimmung, in der sich Groll über die räuberische Mißwirtschaft der Konstantinopeler Paschas und Hoffnung auf eine große nationale Erhöhung des türkischen Reiches und Stammes mit der Unterordnung unter die Disziplinargewalt und die überlegene Intelligenz des Offizierkorps mischten. Aber alles dies, wie man jetzt sieht, war nur äußerlich.

Die Jungtürken verstanden es nicht, die Grundlagen ihrer Herrschaft zu vertiefen, die Ideen ihrer Bewegung Wurzel schlagen zu lassen in dem Herzen der Nation. Ihre ganze Politik war voll Widersprüche und darum ohne praktische Ergebnisse. Sie traten als Nationalisten auf und nur die nationale Parole konnte ihnen das Heer gewinnen; aber die Idee einer Erneuerung des Reiches im konstitutionellen Sinne, ja selbst der Gedanke der Reichseinheit zwang sie, zugleich dem christlichen Volke Gleichberechtigung zu geben. Aber als den Worten die Taten nicht folgten und wohl auch nicht folgen konnten, schuf nun wieder das nationalistisch-liberale Programm Feinde an beiden Fronten. Gegen den Liberalismus rief die mohammedanische Reaktion im Heere, im Volke und unter den Geistlichen einen Widerstand wach, der aus religiösen Empfindungen und Vorurteilen entspringt; die christlichen Nationen führte der jungtürkische Nationalismus der Liberalen Union zu, die, selbst eine wunderliche Mischung von Radikalismus und Reaktion, der Wiederherstellung des Alten die Wege geebnet hat.

Wunderbar wärs, wenn Mazedonien, das rings von Bränden umloht ist, nicht Feuer finge. Wunderbarer noch, wenn die Bulgaren die Versuchung nicht verspüren sollten, die seltene Gunst der Stunde zu nützen, wo der ungeschlichtete Streit um die Unabhängigkeit des Königreiches überdies legitime Vorwände zu Einmischungen bietet. Man leugnet in Sofia den Plan, zu mobilisieren. Aber man wartet vielleicht nur den Augenblick der höchsten Verwirrung ab, um dann mit vollem Erfolg wirken zu können als die Macht, die auf dem Balkan über die streitbarste und streitfähigste Heeresorganisation verfügt.

* * *

Schorsch wird wieder munter.

Belgrad, 15. April. Prinz Georg erklärte, er werde Serbien jetzt nicht verlassen, nachdem durch die Umwälzung in der Türkei Serbien vor die Alternative gestellt sei, die Brüder in Altserbien und Mazedonien von dem türkischen Joch zu befreien oder für alle Zeiten auf sein Ansehen zu verzichten. Im Offizierskasino erklärte er wiederholt, die serbische Armee werde bald Gelegenheit haben, ihre Vaterlandsliebe durch Taten zu beweisen.

Das Vaterland kann sich auf seinen Schorsch verlassen, wenn er kriegswütig wird, schlägt er jetzt einen türkischen Hausdiener tot.

Belgrad, 15. April. Der serbische Konsul in Uesküb meldete hierher, daß sich im Sandschak Novibasar ein Aufstand der Serben vorbereite, welche ihren Anschluß an das Mutterland durchsetzen wollen.

Verwirrung im Lande.

Die türkische Kammer verhandelte am Donnerstag unter dem Vorsitz des Alterspräsidenten in geheimer Sitzung über den Erlaß einer Proklamation. Von den jungtürkischen Abgeordneten war etwa die Hälfte erschienen. Die übrigen Deputierten waren ziemlich vollzählig anwesend. Die Ministerbänke waren leer. In den Wandelgängen herrscht große Erregung. Die jüngsten Ereignisse werden verschieden beurteilt und die Ratlosigkeit des Hauses ist unverkennbar. Man hat augenscheinlich erwartet, daß der Sultan eingreifen werde. Wie verlautet, schlugen einige Hodjas (geistliche Lehrer) vor, eine Deputation an den Sultan zu senden, um Aufklärung über die Lage zu verlangen, da das Haus von dem Wechsel in der Regierung nicht unterrichtet wurde. Um 6 Uhr Nachmittags dauerte die Sitzung noch fort.

Außer dem Präsidenten hat auch der Vizepräsident der Kammer, Talaat, demissioniert.

Jaer Pascha, der an Mukthar Paschas Stelle zum Befehlshaber des Gardekorps ernannt wurde, hat auffälligerweise dieses Kommando schon wieder abgegeben. Der Großwesir Tewfik hat darauf dem Sultan vorgeschlagen, den früheren Kriegsminister, General Nasim Pascha, zum Kommandanten des Gardekorps zu ernennen. Nasim hat die Ernennung angenommen. Der Kommandowechsel macht großes Aufsehen. Er steht ohne Zweifel in Zusammenhang mit den unhaltbaren Zuständen in der Garnison, vielleicht aber auch mit den Nachrichten, die über die Stimmung der Truppen in Saloniki und Adrianopel hier eingetroffen sind.

Die Haltung des Sultans.

Konstantinopel, 15. April. Der Sultan verlieh der Fahne der Marinesoldaten, welche ihm vorgestern mit den anderen Soldaten huldigten, und denen er sich am Fenster zeigte, zwei Dekorationen. Der Unteroffizier wurde vom Sultan empfangen und beauftragt, den Truppen Grüße des Sultans zu überbringen und ihnen die Ernennung Edhems zum Kriegsminister mitzuteilen. Fortwährend zogen zahlreiche Soldaten vor das Yildis-Palais, wo sie dem Sultan stürmisch zujubelten. Die türkische Presse drückt bei Besprechung der letzten Ereignisse große Befriedigung über die Sicherstellung des Scherifatgesetzes aus und mahnt zur Ruhe.

„Ikdam" zufolge wurde der Führer der albanesischen Deputierten Ismail, gestern vom Sultan in Audienz empfangen.

Zugeständnisse an die Truppen.

Konstantinopel, 15. April. Der Kriegsminister hat diejenigen ehemaligen Offiziere, deren Rückberufung die Soldaten verlangten, reaktiviert. Marschall Schevket Pascha hat den Oberbefehl über die zweite Division und die kaiserliche Garde wieder übernommen.

In der Zirkulardepesche zur Beruhigung der Wilajets heißt es, die Soldaten hätten unter anderem die Forderung gestellt, die Offiziere, mit denen sie unzufrieden seien, durch andere zu ersetzen. Der Sultan habe befohlen, das Nötige zu veranlassen, wenn für einen eventuellen Ersatz Offiziere vorhanden sind.

Hinrichtungen und Schießereien.

Konstantinopel, 15. April. Im Vororte Arnautkoi am Bosporus wurden heute früh 9 Uhr zwei Offiziere von dem dortigen Truppenkommando füsiliert. Die Wache stellte die Offiziere an die Straßenmauer und nahm die Exekution vor. In der Bevölkerung brach eine Panik aus, doch beruhigten (!) sie die Soldaten mit der Versicherung, daß nur die beiden Offiziere erschossen werden sollten. Die Körper des ermordeten Justizministers Nazim und des ermordeten Abg. Mehmed-Arslan wurden von den Soldaten furchtbar zugerichtet.

Die Jungtürken.

Rom, 15. April. Die Tribuna meldet aus Saloniki: Ein großer Teil der Garnison revoltierte und vertrieb die Offiziere. Mehrere Bataillone schifften sich nach Konstantinopel ein, sollen jedoch in den Dardanellen zur Umkehr gezwungen worden sein. Gegen den Sultan herrscht furchtbare Erbitterung. Die Jungtürken beschuldigen ihn des Verrats und fordern seine Entthronung.

Köln, 15. April. Konstantinopeler Depeschen zufolge planen die Jungtürken tatsächlich einen Gegenschlag. Sie verfügen über eine erhebliche Anhängerzahl bei den Provinztruppen, mit deren Hilfe sie wieder ans Ruder zu kommen hoffen. Es heißt, sie würden zunächst die Absetzung des Sultans betreiben und den Prinzen Jusuf Izzedin auf den Thron bringen.

Die Verfassung.

Konstantinopel, 15. April. In den asiatischen Provinzen findet die neue Wendung eine günstige Beurteilung. Dagegen liegen aus Adrianopel, Saloniki, Uesküb und Monastir, welche als Hort des jungtürkischen Komitees gelten, nur spärliche Nachrichten vor. Befriedigung ruft es hervor, daß das Manifest des Sultans die Verfassung zu schützen erklärt. Die Regierung wird aller Voraussicht nach zur Auflösung des Parlaments und zu Neuwahlen schreiten.

Die Zahl der seit Beginn der Bewegung Verletzten wird auf 70, die der Getöteten auf 15 geschätzt. Die Mehrzahl der Unglücksfälle wurde durch die Freudenschüsse der Meuterer verursacht. Unter den Toten sollen sich jedoch auch einige hohe Würdenträger des Hofes befinden. Es verlautet, daß im Yildis große Verwirrung herrscht. Der Sultan hat die Rückberufung der von dem ehemaligen Kriegsminister aus dem Yildis entfernten Palasttruppen angeordnet. Die Rückkehr der Truppen ist bereits teilweise erfolgt. Die Truppenbewegungen dauerten den ganzen Tag an. Das Haus des früheren Kommandanten der kaiserlichen Garde, Mukthar Pascha, wurde von mehreren Bataillonen Meuterer belagert. Er hißte die französische Flagge und darauf unterließen die Truppen auf Wunsch der Regierung einen Angriff. Viele Personen sind auf die im Hafen liegenden Schiffe geflüchtet.

London, 15. April. Nach einer Meldung des „Reuterschen Bureaus" aus Konstantinopel begehen, Konsulargerüchten zufolge, in Merzine, wo zwei Mohammedaner von einem Armenier ermordet wurden, die Mohammedaner Mordtaten gegen die Armenier. Die christlichen Gemeinschaften bitten um Hilfe.

Aeußerliche Beruhigung.

Konstantinopel, 15. April. Die Botschafter und Gesandten statteten heute dem Großwesir offizielle Gratulationsbesuche ab, wobei Tewfik Pascha beruhigende Zusicherungen über die innere Lage gab und besonders betonte, daß bezüglich der Haltung der Truppen des Adrianopeler und Salonikier Korpsbereichs keine Gefahr existiere. Es beginnt eine optimistische Auffassung über die Situation und die nächste Zukunft vorzuherrschen.

Die Straßen bieten das gewöhnliche Aussehen. Alle Banken und Läden sind geöffnet. Der Geschäftsverkehr ist in vollem Gange. Auf den Straßen sieht man kein Militär mehr.

Konstantinopel, 15. April. Die Regierung veröffentlicht einen Erlaß, in welchem das Schießen in den Straßen, das zu

---

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Simon Dachs Todestag jährte sich am Donnerstag zum zweihundertfünfzigsten Mal. Der Dichter des „Aennchen von Tharau" lebt heute noch frisch im Gedächtnis der Deutschen. Seine großen gelehrten Dichtwerke sind vergessen, aber das liebliche Gedicht „Anke von Tharau", das er ursprünglich plattdeutsch geschrieben hat, und noch ein anderer zum Volkslied gewordener Sang: „Der Mensch hat nichts so eigen, so wohl steht ihm nichts an", sind ewiges Besitztum unserer Literatur. Das „Aennchen" ist von Herder ins Hochdeutsche übertragen worden; es entstand als Gelegenheitsgedicht zur Hochzeit von Dachs Freund, des Pfarrers Portatius mit Anna Neander. Dachs wurde am 29. Juli 1605 in Memel geboren; im Jahre 1639 wurde er zum Professor der Dichtkunst an der Universität Königsberg ernannt.

Von der Weltstadt zum Fischerdorf. Auf der dritten Jahresversammlung der British Science Guild, deren Aufgabe die Förderung naturwissenschaftlicher Bestrebungen in England ist, hielt Sir William Ramsay eine Rede, in der er ausführte, daß ebenso wie der Einzelne seine Gesundheit zu erhalten trachtet, auch der Staat die Pflicht habe, das Leben der Nation zu verlängern. Das Leben der Nation hänge aber nicht nur von der Tüchtigkeit des Volkes, sondern auch von der Menge natürlicher Energie ab, die als Kraftquelle verwendet werden kann. Aus den Berichten der königlichen Kommission, so etwa äußerte sich „Nature" zufolge der Gelehrte, wissen wir, daß unsere Kohlenlager nicht unbegrenzte Zeit hindurch reichen werden. Nach einigen würden sie noch 300 Jahre, nach anderen 800 Jahre reichen. Die Wasserkraft in unserem Lande ist ganz unbedeutend, und wenn sie auch viel beträchtlicher wäre, so würde damit doch nicht viel anzufangen sein. Man hat berechnet, daß die gesamte Wasserkraft Europas, vielleicht mit Ausschluß einiger wenigen Flüsse in Nordrußland, zwei Millionen PS. beträgt. Wir verbrauchen in England 100 Millionen PS., sodaß wir auch mit dem Besitz der gesamten Wasserkraft Europas nur ein Fünfzigstel von dem gewinnen würden, was uns die Kohle spendet. Ich weiß, die außerordentlichen Erfindungen, die wir in dieser Zeit erleben, haben im Volke den Glauben erweckt, es werde in der Zukunft etwas entdeckt werden, das unsere heutige Kraftquelle ersetzen werde. Es läßt sich nicht mit völliger Bestimmtheit sagen, daß das nicht geschehen wird, aber ich denke, jeder Mann der Wissenschaft wird es als höchst unwahrscheinlich betrachten. Man wird vielleicht sagen, es könnte uns eine Vorrichtung zur Ausnutzung von Ebbe und Flut beschert werden; aber der erste Sturm würde solche Vorrichtung in Stücke schlagen. Oder die Sonnenwärme? Auch diese Maschinen, die äußerst kostspielig wären, müßten vom Sturm Schaden leiden. Eine Möglichkeit wäre, ein großes Loch in die Erde zu graben, tief genug, um kochendes Wasser zu bekommen. In der „Morning Post" hat Herr Parsons diese Frage erörtert. Er sagt, ein zwölf englische Meilen (20 Kilometer) tiefes Loch zu bohren, würde 5 Millionen Lstrl. (100 Millionen Mark) kosten und 80 Jahre erfordern. Andere Energiequellen haben wir nicht. Daraus ergibt sich die Forderung, mit der Kohle zu sparen. Ramsay warf im Anschluß hieran verschiedene Fragen auf, die er der „Science Guild" zur Behandlung empfahl. Es sei eine schreckliche Vorstellung, so schloß er seine Rede, daß London einmal ein Fischerdorf mit 5—6000 Einwohnern werden sollte, aber dahin müsse es kommen, wenn man nicht Vorsorge treffe.

Aus aller Welt.

Selbstmord eines Schülers. Der Tertianer Adolf Maaß in Berlin hat sich durch Einatmen von Leuchtgas getötet. Der Beweggrund war eine ihm von seinen Eltern erteilte Rüge! — Eine gefährliche Ueberempfindlichkeit.

Die Verhaftung des Diamantenmachers. Der Diamantenschwindler Lemoine, der im Juni vorigen Jahres geflüchtet und dann in contumaciam verurteilt worden war, wurde in Paris, in der Avenue Wagram verhaftet, als er mit seinem früheren Sekretär Puzin, der in der Rue Breg wohnt, spazieren ging. Vor dem Untersuchungsrichter versicherte Lemoine auch jetzt, er sei unschuldig und habe Vertrauen in seiner Sache. Seine Verhaftung ist ein Verdienst der französischen Geheimpolizei, die in London seine Spur verloren, sie aber in Paris wieder aufgefunden hatte.

Die Affäre Lemoine sei hier kurz in Erinnerung gebracht. Der Ingenieur Lemoine hatte sich mit dem Direktor der De Beers-Kompagnie Sir Wernher in Verbindung gesetzt unter dem Vorgeben, ein Verfahren zur Herstellung echter Diamanten gefunden zu haben. Sir Wernher hatte ihm darauf größere Vorschüsse gewährt, aber als der Beginn der Fabrikation von Lemoine immer weiter hinausgeschoben wurde, die Anzeige erstattet. Der Untersuchungsrichter le Poittevin gewährte Lemoine auf dessen Ersuchen eine Frist, bis zu deren Ablauf, am 17. Juni, Lemoine einen von ihm gefertigten Diamanten vorzuweisen sich verpflichtete. Wie vorauszusehen war, hatte Lemoine es vorgezogen, vor Ablauf der Frist zu verschwinden.

Kannibalen in Kanada. In Montreal wurde, wie Londoner Blätter melden, bei der Leichenschau über den verstorbenen französischen Führer Lemieux ein Akt von Kannibalismus festgestellt, der anscheinend von Europäern begangen worden war. Zum Beginn der Jagdzeit verließ Lemieux die Stadt Quebeck als Führer einer Anzahl von Trappern, an deren Spitze ein Mann namens Bernard stand. Zweihundert Meilen nördlich von Quebeck im Roberal-Distrikt in der Nähe des heiligen Johannes-Sees wurde die Gesellschaft von einem Schneesturm überfallen, der mehrere Tage dauerte und in dem die Gesellschaft, die keine Vorräte mit sich führte, verloren ging. Ein Rettungskorps wurde ausgesandt und fand die Leiche von Lemieux. Es wurde konstatiert, daß Stücke Fleisch mit einem Messer vom Körper losgelöst worden waren, und es stellte sich ferner heraus, daß der Führer getötet und Stücke von ihm verzehrt worden waren. Bei der Leichenschau stellte auch die Jury diese Tatsachen fest und erhob die Anklage gegen Bernard und seine Genossen wegen Kannibalismus.

Waldbrände. Alljährlich muß man, wenn im Frühling dauernd trockene Witterung herrscht, auf verheerende Waldbrände gefaßt sein. Fast immer finden diese Brände an Sonn- und Feiertagen statt, weil die liebe Jugend es sich nun einmal nicht nehmen läßt, während der schulfreien Zeit im Wald umherzustreifen und dort dürre Gräser, Laub, Fallholz anzuzünden. Allein in der Umgegend der Stadt Höxter entstanden jetzt auf diese Weise fünf Waldbrände: am letzten Sonntag brannte der Wald bei Wehrden an der Weser und der Sollingbrand oberhalb Lüchtringen a. d. Weser, am Dienstag ein Fichtenbestand bei Blankenau a. d. Weser, am Karfreitag der Wald auf dem Ziegenberg bei Höxter unterhalb des Bismarckturmes und im Roitmindetal (Solling). Der Schaden war zum Teil sehr erheblich und konnte verhängnisvoll werden, wenn bei dem starken Sturm die großen Nadelholzbestände des Sollings vom Flugfeuer ergriffen wurden.

Ebenso laufen aus allen Teilen Kurhessens und der Nachbargebiete Meldungen von Wald- und Rasenbränden ein, die teilweise erheblichen Schaden anrichteten, so z. B. aus Völkershausen, wo 200 Morgen Wald vernichtet wurden, ferner u. a. aus Heinebach, Waldkappel, Ehlen, Beckerhagen, Stockheim, Oberbach und Rhumspringe. In der Umgebung von Kassel vergeht kein Tag ohne derartige Feuer. Zweimal war auch das Pulvermagazin der Garnison bedroht. Bei Bensberg ist Montag erneut ein Waldbrand ausgebrochen (letztägig wurden dort erst 800, im benachbarten Odental 1000 Morgen zerstört), der derartigen Umfang annahm, daß Abends nach Militär zu Hilfe gerufen wurde. In den letzten drei Tagen haben auch in nieder- und oberrheinischen Gegenden, in der Eifel, im Sieg-Wuppertal etwa vierzig große Waldbrände stattgefunden, weshalb behördlicherseits die besonders betroffenen Gemeinden scharfen Patrouillendienst einrichten

[illegible] wird, da es mit den Vorschriften des Scheriatgesetzes in Widerspruch stehe. Der Erlaß kündigt die strenge Bestrafung aller schießenden Personen nach dem Scheriatgesetze an und fordert die Bevölkerung auf, ihren Geschäften nachzugehen und alles zu unterlassen, was gegen die Verfassung verstoße.

Die Verfassung soll also nicht angetastet werden.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 16. April.

Geschichtskalender.

17. April.

1774 Friedrich König, Erfinder der Buchdruckschnellpresse, in Eisleben *.

1790 Der nordamerikanische Staatsmann und Erfinder (Blitzableiter) Benjamin Franklin †.

Stadtverordneten-Versammlung.

Das Hauptinteresse der gestrigen Stadtverordneten-Versammlung nahm die lang erwartete und noch im letzten Augenblick wegen Behinderung des Oberbürgermeisters wieder der Verschleppungsgefahr ausgesetzte Theater-Debatte in Anspruch. Es handelt sich, wie unsern Lesern erinnerlich sein wird, um das Gesuch des Stadttheater-Direktors um Untersuchung der finanziellen Lage des städtischen Kunstinstituts, welches nach Angabe seines Leiters nicht nur von den Ueberschüssen der Privat-Theater lebt, sondern wegen wachsenden Defizits überhaupt einem Zusammenbruch zutreibt und zweitens um die Gewährung eines Sommer-Unterhalts an die Mitglieder von Chor und Orchester. Stadtv. Bischof als erster Antragsteller bezog sich auf die von Herrn Dr. Th. Loewe den Stadtverordneten unterbreiteten Zahlen und erklärte es für ein Gebot der Gerechtigkeit und Höflichkeit, die gewünschte Untersuchung zu gewähren. Er empfahl zu diesem Zwecke die Einsetzung einer gemischten Kommission. Genosse Heymann besprach die finanziellen Beziehungen der privaten zu dem städtischen Kunstinstitute, verlangt die Untersuchung als ein Gebot der Loyalität gegenüber dem 17jährigen Kontrahenten und fügt hinzu, daß von seinem sozialdemokratischen Standpunkt aus das Wünschenswerteste ein Theater in städtischer Regie sei, die auch nicht viel mehr Zuschüsse erfordern würde als der jetzige Zustand, der Stadt aber die Entscheidung über alle Theaterangelegenheiten belasse und seine Zugänglichmachung für alle Bürger erleichtere. Im zweiten Teile seiner Rede trat er entschieden für die Sommer-Sustentation an Chor und Orchester ein, deren unsichere Existenz und sklavische Abhängigkeit er ohne Schminke schilderte. Diese Frage wurde von dem nächsten Redner Dr. Hoffmann weiter erörtert, den die Notlage der Theater-Angestellten sogar zu einem ehrlichen Fluche verleitete, was nicht geringe Bestürzung in den Reihen seiner frommen Parteifreunde hervorrief. Herr Stadtv. Oettinger, Mitglied der Theaterdeputation, nahm als erster Gegner der Löwe'schen Ansprüche das Wort. Er focht die finanzielle Tabelle des Direktors an und beanstandete eine Anzahl von Ausgabeposten sachlicher und persönlicher Natur. Aber auch er kam zu dem Resultate, daß das Stadttheater seit einigen Jahren keinen Ueberschuß abwerfe und auch die neuen Forderungen, die jetzt aufgestellt werden, nicht erfüllen könne. Als Ausweg empfiehlt er eine Steigerung der Billetpreise oder eine Billetsteuer in Höhe von 5 Prozent, die als Abzweigung der Lustbarkeitssteuer gedacht war und in einer Reihe westdeutscher Städte schon Vorbilder habe. Gegen dieses Experiment wendete sich mit großer Entschiedenheit Stadtv. Ollendorf, der auch die übrigen Oettinger'schen Angaben in starke Zweifel zieht. Ihm trat mit der gewohnten Dosis von Schnodderigkeit Herr Bujakowsky entgegen, der dem Stadttheater-Direktor ein Vierteldutzend Illoyalitäten nachrechnete und sich auch sonst mit einer großen geistigen Ueberlegenheit auf diesem Gebiete bewegte. Zutreffend war nur, was er über die bedrückte Lage der Schauspieler und die ungewöhnlichen Härten ihrer Engagementsverträge anführte. Die Debatte beschränkte sich von nun an, durch einen Schlußantrag eingezwängt, fast nur noch auf der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Angelegenheit. Nach Zustimmung des Bürgermeisters Trentin entschied man sich fast einstimmig für die Untersuchung der ganzen Theaterfrage durch eine 15gliedrige Kommission, der auch die Entscheidung über die Chor- und Orchestersubvention und die Billetsteuer zugewiesen wurde. Damit ist die Theaterfrage endlich ins Rollen gebracht und wird ihre Erledigung wohl noch vor den Sommerferien finden.

Ehe die Versammlung in diese Beratung eintrat, erledigte sie die lange Liste der übrigen Vorlagen bis auf einige wenige Reste. Ueberall spukte das Gespenst der Sparsamkeit herum. Herrn Simon enthielt der Bauplan eines neuen Schulgebäudes zu viel Lehrerzimmer, er möchte in diesem Artikel mehr Sparsamkeit als bei seinem Freibier befürworten, Herrn Klee sind die Bureauräume der Verwaltungen zu kostspielig und Herr Scharte findet das Grundstück Lange Gasse 6 zu teuer. Bei der Bewilligung einer Unterstützung für die durch Hochwasser Geschädigten beantragte Herr Oettinger die Herabsetzung der Summe von 5000 auf 3000 Mark, was jedoch nach kurzem Wortgefecht abgelehnt wurde. Auch bei der Bewilligung einer „gastlichen Begrüßung" der deutschen Journalisten auf städtische Kosten erhob Genosse Löbe Widerspruch und plädierte für Abschaffung aller dieser Freibierabende und Gratisessen. Herr Körner II empfindet es schmerzlicher, daß bei solchen Essen die Magistratualen bis ins dritte und vierte Glied mitspeisen, die Stadtväter dagegen nur selten an die Reihe kommen. Er stimmte aber trotzdem mit der Mehrheit für die „gastliche Bewirtung".

Von Herrn John und 28 Stadtverordneten ging der Antrag aus, an den Oberpräsidenten die Bitte zu richten, einen Beamten der Strombauverwaltung vor den städtischen Kollegien einen Vortrag über das Hochwasserschutzprojekt der Oder halten zu lassen. Genosse Löbe erweitert den Antrag dahin, auch Herrn Major Donat die gleiche Bitte zu einem Vortrag über sein Projekt zu unterbreiten. Beide Anträge fanden trotz Bekämpfung durch die Stadtverordneten Mugdan und Höffer und den Bürgermeister Trentin durch einen konservativ-sozialdemokratischen Block Annahme.

Der finanziellen Beteiligung an der Milchhäuschengenossenschaft und der Förderung des ganzen Projektes durch mehrfache Vergünstigungen stimmte die Versammlung zu, nachdem Stadtrat Fränkel einen ebenso warmherzigen als von sozialer Einsicht zeugenden Vortrag über die hygienische und technische Seite der Frage gehalten hatte. Wir werden also demnächst am Striegauer- und Christophoriplatz die ersten solchen Häuschen mit 5 Pfennig Milch-Ausschank entstehen sehen.

Die gemeinsame Sitzung, die der ordentlichen vorangingen, wurde von Herrn Bürgermeister Trentin geleitet. Es wurden fünf Vertrauensmänner für den Ausschuß zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen für 1910 gewählt und zwar die Herren Stadtrat Marck, Stadtrat Müller, sowie die Stadtvv. Birke, Baumeister und Breslauer.

Um 4½ Uhr beginnt die Stadtverordneten-Sitzung. Bei den Berichten der Betriebsdeputationen frägt Stadtv. Brosig (Soz.) an, weshalb man den Wunsch der Lehrer, Kindern in Begleitung der Lehrer den Besuch des Wasserturms in Kleinburg unentgeltlich zu gestatten, nicht erfüllt habe. Bürgermeister Trentin erwidert, daß die Schuldeputation grundsätzliche Bedenken gehabt habe, auch müßten derartige Vergünstigungen gegenüber eigenen Verwaltungen aus rechnerischen Gründen unterbleiben, da die einzelnen Kassen glatt mit einander abrechnen müßten.

Bei mehreren Nachbewilligungen von Mehrausgaben rügen die Stadtvv. Klose und Rudolph, daß die Ueberschreitungen so hoch seien. Stadtv. Weide erklärt in einem Falle, daß der Magistrat zu Unrecht die „hohen Löhne" und die „teueren Materialpreise" dafür ins Feld geführt habe. Gerade im Vorjahre seien die Löhne sehr niedrig und das Material sehr billig gewesen.

Als Mitglied der Fachschul-Deputation wird bis 1912 an Stelle des Fabrikbesitzers Trelenberg, der Schlossermeister Saal, Taschenstraße 7, gewählt. Stadtv. Schütz I (Soz.) wünscht, daß künftig auch Gehilfen-Vertreter bei Besetzung derartiger Posten berücksichtigt würden.

Durch einen Dringlichkeitsantrag erklärt sich die Versammlung damit einverstanden, daß für die Grundstücke zwischen dem Dominikanerplatz und dem Graben die gesetzlichen Fluchtlinien festgelegt werden.

Der Antrag des Vorstandes, den Magistrat zu ersuchen, wichtige Vorlagen baldigst einzubringen, damit im Juli und August die Sitzungen ausfallen können, wird angenommen. Der Magistrat äußerte sich dazu nicht.

Stadtv. Schütz I (Soz.) ersucht als Referent um die Zustimmung, daß die Hälfte der für die Schließung der Deichlücke bei Ransern entstandenen Mehrkosten mit 1569,53 Mark von der Stadt übernommen werde. Die Versammlung stimmt zu. Die Mehrkosten sind durch die großen Entschädigungen entstanden, die die Grundstücksbesitzer für die Schüttung des Deiches in ihren Gärten verlangten, obwohl diese Arbeiten doch in ihrem eigenen Interesse (Schutz vor Hochwasser!) lagen.

Die Magistratsvorlage, die verlangt, daß künftig auch Frauen zur Waisenpflege aktiv und zwar mit gleichen Rechten herangezogen werden sollen, wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

Es folgt nunmehr endlich die seit langen Wochen erwartete und immer wieder verschobene

Theaterdebatte.

Erster Redner ist Stadtv. Bischof (lib.), der seinen Antrag begründete, eine gemischte Kommission einzusetzen zur Prüfung der finanziellen Verhältnisse des Stadt-Theaters und der vom Direktor Dr. Loewe erhobenen Einwände und Forderungen.

Redner führte unter anderem aus: Wenn man die ganzen Berichte und das Schreiben des Herrn Direktor Loewe gelesen hat, so bekommt man das Gefühl, daß hier einem Bürger bitteres Unrecht geschieht und daß eine genaue Untersuchung der Theaterverhältnisse eintreten muß. Aber man kann es auch nicht verstehen, daß ein Mann wie Loewe so lange mit einem solchen Defizit arbeiten konnte. (Sehr richtig!) Ich bin weit davon entfernt, der Theaterdeputation zu nahe zu treten. Sie wird alles geprüft haben; aber es ist doch für mich nicht alles so durchsichtig, daß es nicht noch einer genauen Erörterung bedarf. Ich möchte Sie deshalb bitten, eine Kommission einzusetzen, damit Klarheit geschaffen wird. Hat Loewe recht, so müssen wir einen höheren Zuschuß zahlen, wenn nicht, lehnen wir ihn ab.

Stadtverordneter Heymann (Soz.): Auch wir haben Ihnen einen Antrag unterbreitet: 1. die Stadtverordnetenversammlung beschließt, eine aus sieben Mitgliedern bestehende Sonderkommission zur Untersuchung der Verhältnisse des Breslauer Stadttheaters einzusetzen, 2. 30.000 Mark in den Etat des Stadttheaters einzustellen mit der Bestimmung, mit diesem Betrage eine Sommer-Sustentation für die Mitglieder des Chores und des Orchesters zu bestreiten. Es haben bereits im vorigen Jahre Verhandlungen stattgefunden, die aber resultatlos verlaufen sind. Aus den vorliegenden Ziffern ist zu ersehen, daß das Stadttheater alljährlich große Zuschüsse notwendig gehabt hat. Es ist darüber viel gestritten worden. Ich bin nun auch der Meinung, daß eine Kommission gewählt wird, die eine genaue Untersuchung vornimmt. Mit Ausnahme der (umgeschwenkten) „Breslauer Zeitung" stellt sich die gesamte hiesige Presse auf den Standpunkt, daß eine Prüfung der Verhältnisse eintreten muß. Der Magistrat ist anderer Meinung; er sagt, es gibt nichts zu prüfen. Vor zehn Jahren hat aber der Magistrat auch 20.000 Mark für Herrn Loewe bewilligt und die „Breslauer Zeitung" war damit einverstanden. Wenn man, wie Loewe, 17 Jahre mit der Stadt in Geschäftsverbindung gestanden hat, ist es nicht recht, wenn ihm einfach gesagt wird von dem anderen Kontrahenten, das prüfe ich nicht. Wie sehen unsere Theaterverhältnisse denn eigentlich aus? Unsere Oper ist für eine Provinzbühne eine erstklassige, sie hat uns im Ansehen nach außen nur gefördert. Auch das Schauspiel ist so, daß wir aller Kritik genügen. Sehen Sie sich andere Städte an, so werden Sie finden, daß alle Theater Zuschüsse erfordern, zum Teil mehr als die Breslauer. So ist es zum Beispiel in Köln, wo man schließlich zur Eigenwirtschaft gekommen, in Frankfurt am Main, Düsseldorf, Hamburg usw. Bedenkt man ferner, daß seit 17 Jahren die Eintrittspreise nicht erhöht worden sind, so wird man dazu kommen müssen, dem Theater mehr Zuschüsse zu geben. Es muß verhütet werden, daß eines Tages eine Katastrophe eintritt.

Wir stehen grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß ein Theater in eigene Regie zu nehmen ist, wie das bei Schulen, Volksbibliotheken, Lesehallen usw. geschieht. Der Bürgermeister von Freiberg hat einst gesagt, daß es nicht zu verstehen ist, wie man ein Theater in fremde Hände geben kann. Wenn wir ein Rechenexempel aufstellten, so würde sich ergeben, daß wir bei eigener Regie nicht teurer wirtschafteten. In den letzten fünf Jahren hat das Stadttheater 88.000 Mark Zuschuß erhalten, der Orchesterverein 20.000 Mark. Heute schon haben wir für das Theater eine Ausgabe von 270.000 Mark zu machen. Ich glaube ferner, wenn wir das Theater in eigener Regie hätten, könnten wir es den breiten Massen mehr als bisher zur Verfügung stellen. Heute braucht der Direktor als Geschäftsmann darauf keine Rücksicht zu nehmen.

Wir verlangen dann, daß für Chor und Orchester 30.000 Mark bewilligt werden, damit ihnen während der vier Sommermonate der Gehalt weitergezahlt werden kann. Durch die Zeitungen haben Sie gehört, in welcher unglücklichen Lage sich die Choristen und Musiker befinden. Der Verdienst der Chormit-

---

mußten. Am Niederrhein sind mehrere halbwüchsige Burschen verhaftet worden, die Nachts einen Brand angelegt hatten.

Das europäische Zeitchaos. Die „Amsterdamer Sonnenzeit" wird nach einem Erlasse des Ministers v. Breitenbach in den Niederlanden mit dem 1. Mai als die gesetzliche Zeit wieder eingeführt werden. Bisher rechnete man dort wie im ganzen westlichen Europa nach „westeuropäischer Zeit" (nach dem Längengrade von Greenwich), die hinter unserer mitteleuropäischen Zeit um eine volle Stunde zurückbleibt. Die „Amsterdamer Sonnenzeit" geht der westeuropäischen Zeit 20 Minuten voraus, sodaß sie hinter der mitteleuropäischen Zeit nur 40 Minuten zurückliegt. Die an das preußisch-hessische Staatsbahnnetz anstoßenden niederländischen Eisenbahnen werden vom 1. Mai ab die Amsterdamer Zeit nicht nur für den äußern, sondern auch für den inneren Dienst ihrer in den Niederlanden gelegenen Strecken annehmen. Da es auch noch eine „osteuropäische" Zeit gibt, die in Bulgarien, Rumänien, in der Türkei gilt und uns um eine Stunde voraus ist, kann der über den Kontinent Reisende auf dem Wege vom Osten über Holland nach dem Westen vier Uhren kennen lernen, die verschieden gehen. Auf daß die Konfusion komplett werde, schaltet man in einzelnen Ländern, wie in Rußland, Frankreich, Portugal, noch die sogenannte „einheitliche Landeszeit" ein, die sich nach den Längengraden der Hauptstädte bestimmt.

Zwei geheimnisvolle Tragödien spielten sich an Bord des Cunard-Dampfers „Lucania" ab, der am Mittwoch in Liverpool aus New York eintraf. Obgleich der Kapitän die größte Vorsicht walten ließ, um nichts von den tragischen Ereignissen an die Oeffentlichkeit gelangen zu lassen, konnte doch in Erfahrung gebracht werden, daß sich zwei weibliche Fahrgäste unterwegs erschossen hatten. Eigenartiger Weise hatten die beiden Mädchen nicht die geringste Beziehung zueinander. Die eine war die 29jährige Margaret Clarke aus Brooklyn, die sich am 8. April in ihrer Kabine erschoß und gleich darauf auf hoher See begraben wurde. Vier Tage später nahm sich die 22jährige Annie Müller gleichfalls in ihrer Kabine das Leben. Man glaubt, daß der Selbstmord Fräulein Clarkes die nervöse Müller derartig beeinflußt hat, daß sie in einem Anfall geistiger Umnachtung gleichfalls zum Revolver griff.

Vom Wahnsinn unserer Zeit. Bei dem großen Feste der New-Yorker Millionäre, das im Plaza-Hotel gegeben wurde, und das in der Darstellung prachtvoller lebender Bilder gipfelte, erlebte man das ungewöhnliche Schauspiel, eine Dame auf der Bühne zu sehen, die für nicht weniger als 8 Millionen Mark Juwelen an sich trug. Es war Mrs. Benjamin S. Guinneß, eine Nichte der Herzogin von Dillington, die hier als Semiramis die prachtvollsten Schmuckstücke New Yorks zeigte. Fast alle durch ihren Juwelenreichtum berühmten Damen der New-Yorker Vierhundert hatten Mrs. Guinneß ihre kostbarsten Schätze zur Verfügung gestellt, um das prachtvolle Schauspiel einer edelsteinüberladenen Königin von Ninive zu ermöglichen. Ihr Haupt schmückte ein Diadem, das einen Wert von 400,000 Mark repräsentiert, und zwischen den dunklen Augenbrauen der Königin Semiramis sah man einen prachtvollen Smaragd funkeln, der von Kennern auf 80,000 Mark geschätzt wird. Von dem Kopfe über den Hals fallend, rieselten neun dicke Ketten prachtvoller Perlen hernieder, ein Schatz von mehr als 600,000 Mark Wert und Eigentum von Mrs. William K. Vanderbilt. Die Haare der Königin wurden von einem kunstvoll gewebten Netz funkelnder Juwelen gehalten, das auf 400,000 Mark geschätzt wird. Um den rechten Arm wand sich der glitzernde Körper einer großen Schlange, massiv aus Diamanten und Rubinen zusammengesetzt, ein prachtvolles Armband mit großen Brillanten schmückte das linke Handgelenk, während die Brust ein wundervoll ornamentiertes großes Schmuckstück aus Diamanten zeigte, das über 600,000 Mark wert war. Das kostbarste Stück aber war die große schwere Perlenkette von Mrs. John R. Drexel, eine Kette, die ein Vermögen von rund 1,200,000 Mark repräsentiert. Das goldgewirkte Gewand dieser Semiramis war auch reich mit Edelsteinen besetzt. Die Milliardäre hat also die Krise nicht ärmer gemacht.

Die Schlacht im Minenlager. Wie aus Mexiko gemeldet wird, entstanden dort am vergangenen Sonnabend infolge des Verbots einer religiösen Prozession ernste Unruhen, bei denen das Haus des Bürgermeisters mit Steinen beworfen und in Brand gesteckt wurde. Die einschreitende Polizei erwies sich der angreifenden Menge gegenüber als zu schwach; sie wurde mit einem Verlust von 5 Toten zurückgedrängt. Erst später eintreffenden Truppen gelang es nach einer regelrechten Schlacht, bei der 32 Personen getötet und viele verwundet wurden, die Ruhe wieder herzustellen. Vierzehn der Unruhestifter wurden hingerichtet; eine größere Anzahl von ihnen wurde ins Gefängnis gesteckt.

Ein Riesenviadukt in Graubünden. Längst sind die Zeiten vorbei, da der Volksaberglaube jedes kühne Bauwerk der Kunst des Teufels zuschrieb. Die moderne Technik hat den Teufel überflügelt. Die alte Teufelsbrücke am St. Gotthardpaß, die schon 1830 durch einen neuen, 30 Meter über der wildschäumenden Reuß schwebenden Bogen ersetzt werden mußte, brach im Sommer 1888 vollends zusammen: nur einige malerische Reste zeugen von der Kühnheit ihrer Konstruktion. — Die 1882 eröffnete Gotthardbahn weist großartige Brückenbauten auf, die die beiden Teufelsbrücken weit übertreffen, aber auch sie wird in den Schatten gestellt durch die Viadukte der Albulabahn. Die an dieser liegende berühmte Solisbrücke (für Fußgänger und Wagenverkehr) wurde ob ihres einzigen schwungvollen Bogens von 24,5 Metern Spannung und 77 Metern Höhe über der Albula viel bewundert. Der neben ihr entstandene Eisenbahnviadukt hat sogar eine Spannweite von 40 Metern und eine Höhe von 85 Metern! Bisher war dies das großartigste Brückenbauwerk der Schweiz. Jetzt ersteht ihm aber ein gefährlicher Rivale. Auf der im Bau befindlichen Verbindungsstrecke zwischen Filisur an der Albulabahn und Davos wird jetzt ein Riesenwerk geleistet. Bei Wiesen erhebt sich ein steinerner Viadukt mit einem Mittelbogen von 55 Metern Spannweite und 90 Metern Höhe, der von sechs anderen, 20 Meter spannenden Bogen flankiert wird. Er wird wohl fürs erste der großartigste und kühnste Brückenbau der Schweiz bleiben, den der Reisende zu bestaunen hat.

Die vereisten Niagarafälle. Unter dem Einfluß des intensiven Kälterückschlags, der in Amerika eingetreten, ist der Niagara von einem zum andern Ufer zugefroren und das donnernde Tosen des Wasserfalls ist zum zweiten Male im Verlaufe dieses Jahres verstummt, ein Ereignis, das bis hierher ohne Gleichen ist. Der Verlust, der damit der die Wasserkraft der Fälle ausnutzenden Gesellschaft aus der Betriebshemmung der Krafterzeugungsquelle erwächst, dürfte heute bereits die Summe von rund fünf Millionen Mark übersteigen und erhöht sich von Tag zu Tag. Die Kälte hat den Riesenstrom zur Eismasse erstarren lassen und in eine glatte Fahrstraße gewandelt. Angesichts des zu erwartenden Eisgangs muß man ernstlich auch für die eiserne Brücke fürchten, die den Fluß überspannt und an deren Stützpfeiler sich die Eisschollen hoch auftürmen. Wenn sich die ungeheuren Eismassen, die sich zwischen der Brücke und den Fällen stauen, nach der Brückenseite in Bewegung setzen, dürften sie im Verein mit der erdrückenden Last der Fälle die gewaltigen Eisenträger wie Zündhölzer zerbrechen. In Lewiston, wenige Meilen oberhalb der Niagarafälle, arbeitet die gesamte Bevölkerung mit fieberhaftem Eifer daran, die beiden großen Hotels durch zweckentsprechende Vorbeugungsmaßregeln vor der Gefahr, von den andringenden Eismassen zertrümmert zu werden, zu schützen. Die vereisten Niagarafälle sind gegenwärtig das Ziel einer Massenauswanderung von Neugierigen, die herbeieilen, um ein Phänomen in Augenschein zu nehmen, das sich vielleicht sobald nicht zum zweiten Male darbietet.

1000 Mark. Davon gehen noch ab Ausgaben für Kostüme und Provision. Was bleibt dann übrig für das Leben? Wenn diese Leute auf der Bühne stehen und das Ende der Saison herankommen sehen, dann gehört gewiß viel Liebe und Begeisterung dazu, den Beruf immer wieder auszuüben. Bei den Musikern ist es nicht besser. Sie verdienen 1000 bis 1100 Mark und sollen damit als Familienväter auskommen. Da heißt es zu Hause sehr oft sorgen, darben, hungern! Dem Direktor sind alle diese Leute als Sklaven ausgeliefert; selbst einzelne Solisten kommen aus den Schulden nicht heraus, so daß man von einem glänzenden Elend sprechen kann. Ich bitte Sie deshalb, nehmen Sie unseren Antrag an. (Bravo! bei den Soz.)

Stadtv. Dr. **Hoffmann** (kons.) beantragt 20.000 Mk. für das Orchester zu bewilligen, dessen Mitglieder zum großen Teil nur 120—140 Mark monatlich und nur 8 Monate lang verdienen. Man müsse berücksichtigen, daß die Musiker meist kostspielige Vorschulen hinter sich und in der Mehrzahl Familie hätten. Sache der Stadt sei es, den Mitgliedern die vier unbeschäftigten Sommermonate ertragen zu helfen. Zwar gäben sie im Kaiser Wilhelm-Park Konzerte, aber dort erhielten sie pro Tag (der 9 Stunden Arbeitszeit erfordere) nur 4, Sonntags 6 Mark, und die Geiger würden nicht einmal alle gebraucht, die Bläser meist bevorzugt. Dabei müßten die Musiker Noten, Tonsteuer und die schwarzen Anzüge selbst bezahlen. Ermüdet träten sie am 16. Mai bei Theaterschluß in die Konzertsaison ein. Stundengeben müßten sie Sommer wie Winter, sonst kämen sie überhaupt nicht aus. Wenn man Direktor Loewe die 20.000 Mk. zur Verteilung überlasse, so entfielen auf den Kopf der Mitglieder 100—120 Mk., die manche Träne trocknen könnten. In anderen Städten werden für die Musiker viel höhere Gehälter gezahlt, Breslau steht an unterster Stelle. Gegen den Antrag Heymann, auch die Chormitglieder zu unterstützen, habe er nichts einzuwenden, die Hauptsache sei, daß die Stadt helfend eingreife.

Stadtv. **Oettinger** wendet sich in langen Betrachtungen gegen die Vorredner und gegen Dr. Löwe. Seine Ausführungen sind jedoch nicht zu verstehen. Stellenweise hört man ein lautes Wort und erfährt so, daß er die Eintrittspreise für das Stadttheater für viel zu niedrig hält. Für dasselbe Geld (2,50 Mk.), für das man im Lobetheater Operetten hören könne, könne man im Stadttheater (im Abonnement) die erstklassigsten Opern hören. Später sei er bereit, aber zurzeit lägen die finanziellen Verhältnisse der Stadt zu unsicher. Man solle versuchen, Geld zu schaffen durch Einführung einer Billetsteuer, die rund 200.000 Mk. einbringen würde. Davon könne man die Verhältnisse am Stadttheater, das, wie er zugebe, keine Ueberschüsse ergäbe, sehr wohl sanieren.

Bürgermeister **Trentin** erklärt, der Magistrat habe zu der Sache (Etatsposten des Theaterdirektors) noch nicht Stellung genommen. Er habe sich an das Votum der Theaterdeputation gehalten, aber er erkenne die Gründe an, eine nochmalige Prüfung vorzunehmen. Redner schlägt vor, die eingelaufenen Anträge von der zu wählenden Kommission beraten zu lassen.

Stadtv. Justizrat **Ollendorff** (lib.) tritt den zweifelnden Ausführungen Oettingers entgegen und erklärt von allen Berechnungen die des Direktor Dr. Loewe für die relativ richtigste. In jedem Falle aber müßten die Verhältnisse geprüft werden. Die Billetsteuer-Argumente Oettingers seien ebenso haltlos wie die, womit man s. Zt. die verfehlte Fahrkartensteuer gerechtfertigt habe. Und dafür, daß Direktor Loewe seit 17 Jahren die Preise nicht erhöht, müsse er doch gewichtige Gründe gehabt haben.

Stadtv. **Bujakowski** stimmt Oettingers pessimistischen Ausführungen zu und hält die Anregung Heymanns, das Theater in eigene Regie zu übernehmen, der Erwägung wert. Redner bespricht ausführlich die beim Theater üblichen skandalösen Verträge mit den Schauspielern und regt an, den Direktor zu veranlassen, 10 Monate anstatt 8 zu spielen.

Bürgermeister **Trentin** weist nach, daß das letztere nicht durchführbar sei und nimmt Direktor Loewe gegen mehrere Vorwürfe des Vorredners in Schutz.

Hierauf wird durch einen Schlußantrag die Debatte beendet und der in der Einleitung erwähnte Antrag einstimmig angenommen und die Sitzung um 3/4 8 Uhr geschlossen.

Der Wahlrechtskampf der Arbeiterklasse ist „grober Unfug".

Von einem Breslauer Gericht ist gestern wieder einmal ein Urteil gefällt worden, das an aufreizender Wirkung von keinem der in letzter Zeit gefällten erreicht wird. Neunzehn Angeklagte hatten sich wegen ihrer Teilnahme an den Wahlrechtsdemonstrationen vom 31. Januar zu verantworten. Willkürlich waren sie von der Polizei aus den Reihen der friedlich die Straßen entlang ziehenden herausgegriffen, verhaftet und 12 Stunden lang festgehalten worden, weil sie Hochrufe auf ein freies Wahlrecht ausgestoßen und zum Teil „Nieder mit Bülow" gerufen oder gerufen haben sollten. Neunzehn Polizeibeamte höheren und niederen Grades erschienen als Zeugen vor Gericht und schworen bei Gott, dem Allmächtigen und Allwissenden, die reine Wahrheit zu sagen, nichts verschweigen und nichts hinzusetzen zu wollen, so wahr ihnen Gott helfe. Das Polizeipräsidium war außerdem noch durch einen Beamten vertreten, der zu Informationszwecken zwischen Amtsanwalt und Richtern Platz genommen hatte.

Schutzmann **Höhne**, Nr. 511 (nicht „Böhm", wie gestern infolge eines Druckfehlers gemeldet), bekundet, der Schuhmacher Albert Schablinski habe sich in einem endlosen Zuge befunden, der nach dem Gewerkschaftshause zog und wiederholt „Ihr Polizeilumpen!" gerufen. Er, Höhne, habe diese Worte deutlich gehört und der Kriminalschutzmann Wenzel habe gesehen, daß der Angeklagte den Mund aufgemacht habe. Der Angeklagte bestreitet diese Aeußerung. Der Schutzmann gibt auf das Eingreifen des Verteidigers, Rechtsanwalt Bandmann, zwar zu, erst von Wenzel die Mitteilung erhalten zu haben, daß Schablinski der Rufer gewesen sei, behauptet aber im übrigen: er habe die bestrittene Aeußerung „mit seinem eigenen Munde gehört".

Schutzmann **Schmidt**, Nr. 37, sagt aus, er habe zunächst den Schlosser Reinhold Hoffmann und dann den Schlosser Max Padloch auf der Margaretenstraße verhaftet. Letzterer habe ihm Widerstand geleistet. Hoffmann bestreitet, Hochrufe ausgebracht zu haben; zwischen der Menge sei er in einen Schneehaufen geraten und hingefallen. Dabei sei er von dem Schutzmann ergriffen und verhaftet worden. Der Schutzmann erklärt demgegenüber, Hoffmann habe gesagt, er könne doch auch einmal schreien. Rechtsanwalt Bandmann: Würden Sie ihn denn heut überhaupt wieder erkennen? Schutzmann: Er wendete mir ja das Gesicht zu, als er rief.

Schutzmann **Weiß**, Nr. 497, gibt an, er habe den Padloch zur Wache gebracht. Dieser habe heftigen Widerstand geleistet und sich loszureißen versucht. Die Schutzleute Keidler und Landwehr seien schließlich zur Hilfe herbeigeeilt. Padloch gibt demgegenüber an, er habe gebeten, ihn loszulassen, da er nichts getan habe und freiwillig mitgehen wolle. Schutzmann Weiß gibt das zu, erklärte aber, dies sei erst kurz vor der Wache geschehen, während der Widerstand vorher erfolgte.

Polizeikommissar **Stockmann** gibt an, den Kaufmann Adolf Stasch auf der Schweidnitzerstraße an der Spitze eines großen Zuges gesehen zu haben. Stasch habe gesungen, doch wisse er nicht genau, ob aus einem Liederbuche. Jedenfalls habe er, der Kommissar, gesehen, daß jemand auch aus einem Liederbuche gesungen habe. Der Angeklagte bestreitet, gesungen zu haben, und behauptet, der Kommissar sei erst durch einen anderen Beamten darauf aufmerksam gemacht worden, daß ja „der Stasch auch mit darunter" sei. Der Kommissar aber erklärt, den Angeklagten aus eigener Initiative verhaftet zu haben.

Vorsitzender: „Das interessiert hier nicht." Angeklagter: „Aber mich interessiert das sehr."

Polizeiwachtmeister **Ulbrich** behauptet, der Redakteur Richard Schiller von der „Volkswacht" habe mehrfach Hochrufe auf ein freies Wahlrecht ausgebracht und ihm „Nieder mit Bülow!" ins Gesicht gerufen, worauf er ihn habe abführen lassen. Schiller gibt zu, „Nieder mit Bülow!" gerufen zu haben, das sei aber kein grober Unfug, sondern der Ausdruck seiner ernsten politischen Ueberzeugung. Er habe den Wachtmeister übrigens gar nicht gesehen und ihm mithin auch nicht ins Gesicht gerufen.

Polizeiinspektor **Wohlframm** will in der Nähe des Stadttheaters aus einer Menge überlaut brüllender Stimmen herausgehört haben, daß der Tischler Richard Wassenberg Hochrufe ausgebracht habe.

Schutzmann **Kettel**, Nr. 263, hat Schreien gehört und an dem Bauarbeiter Karl Schätzler gleichzeitig Mundbewegungen beobachtet. Er wisse nicht, was der Angeklagte gerufen habe, aber gesehen habe er, daß er etwas rief.

Schutzmann **Trautner**, Nr. 131, hat auf Geheiß des Kommissars Näfe den Hutarbeiter Arthur Kriebel und den Eisendreher Paul Körner verhaftet, weil sie Hochrufe ausgestoßen haben sollen.

Kommissar **Näfe** kennt diese Angeklagten nicht mehr persönlich, weiß aber, daß er sie am Ohlauer Tor aus der Menge herausgegriffen und sie den Schutzleuten übergeben hat, weil sie sich am Schreien beteiligt haben.

Schutzmann **Müller**, Nr. 366, will beobachtet haben, daß sich der Maler Paul Fritsch auf der Ohlauerstraße mit Hochrufen hervorgetan hat.

Schutzmann **Becker**, Nr. 158, gibt an, der Maurer Paul Namsel habe auf der Ohlauerstraße die Hände hochgehoben und „Nieder mit Bülow!" gerufen. Der Angeklagte bestreitet, mit der Demonstration überhaupt etwas zu tun gehabt zu haben.

Schutzmann **Scholz**, Nr. 401, hat den Maschinenarbeiter Hermann Heinke abgeführt, der ihm ebenfalls durch den Kommissar Näfe übergeben worden war. Rechtsanwalt Bandmann beantragt, hierüber einen an Gerichtsstelle anwesenden Zeugen Hänsel zu vernehmen. Dieser bekundet, Heinke habe nicht geschrien; der Kommissar aber erklärte, er habe den Angeklagten mit eigenen Augen schreien sehen.

Schutzmann **Nitschke** Nr. 359 hat, wieder auf Veranlassung des Kommissars Näfe, den Steindrucker Paul Mägalle abgeführt und dieser soll zum Schutzmann gesagt haben: „Die anderen schreien ja auch." Mägalle gibt an, er habe aus seiner Ueberzeugung heraus einmal „Hoch das freie Wahlrecht" gerufen. Durch die Demonstration habe sich niemand belästigt gefühlt, mit Ausnahme der Polizei. Die Anwohner hätten vielmehr aus den Fenstern begeistert herabgewinkt.

Schutzmann **Scholtissek** Nr. 487 will beobachtet haben, daß der Tischler Robert Riedel auf der Ohlauerstraße ein Wahlrechtshoch ausgebracht habe. Der Angeklagte gibt dies zu, erklärt aber, daß unten auf dem Stadtgraben von den Gesellschaften des Eislaufvereins die „Wacht am Rhein" oder „Heil dir im Siegerkranz" gesungen worden sei und nur gegenüber dieser lauten „patriotischen" Demonstration habe er einmal „Hoch das freie Wahlrecht" gerufen.

Schutzmann **Lippik**, Nr. 398, hat sich den Eisendreher Otto Richter aufs Korn genommen. Auch dieser soll Hoch gerufen haben und zwar auf der Klosterstraße. Der Angeklagte gibt an, der Schutzmann habe einen anderen Mann verhaften wollen, doch sei er gestolpert und zu Falle gekommen. Die an der Demonstration beteiligten hätten hierüber herzlich gelacht. Auch er habe mit gelacht. Das Gelächter habe aber den Schutzmann sehr gewurmt und deshalb habe er sich nun blindlings aus der Menge einen herausgegriffen. Er, Richter, habe nicht Hoch gerufen. Der Schutzmann gibt die Richtigkeit dieser Schilderung zu, behauptet aber, Richter habe auch Hoch gerufen. Rechtsanwalt Bandmann: „Warum haben Sie denn da erst einen anderen verhaften wollen und nicht den Richter?" Schutzmann: „Ich hätte mir beide genommen." (Großes Gelächter; der Vorsitzende gebietet Ruhe.)

Auf Antrag des Verteidigers wird über den Fall Richter nunmehr auch ein privater Zeuge des Vorfalls vernommen. Dieser sagt aus, er hätte es hören müssen, wenn der Angeklagte Hoch gerufen hätte. Der Schutzmann habe, nachdem er hingefallen und damit ein großes Gelächter hervorgerufen habe, blindlings zur Verhaftung irgend eines Mannes geschritten und dabei zufällig den Angeklagten erfaßt. Der Schutzmann behauptet demgegenüber, er habe von einem Gelächter der Menge nichts gemerkt, und bleibt dabei, der Angeklagte habe Hoch gerufen.

Schutzmann **Bartsch**, Nr. 329, sagt aus, der Stenograph Artur Dombrowsky habe am Christophoriplatz Hoch gerufen. Er habe es ihm verboten, doch dieser habe den Befehl nicht befolgt und noch einmal Hoch gerufen. Der Angeklagte erzählt, der Schutzmann sei ihm gegenüber sehr rabiat geworden. Er habe gesagt: „So eine Frechheit, hat noch keinen Schnurrbart und demonstriert schon fürs Wahlrecht." Auch habe er ihn mit der Waffe bedroht.

Schutzmann **Knobloch**, Nr. 155, hat den Tischler Richard Wassenberg zum Weitergehen aufgefordert, und dieser soll nicht sofort gegangen sein und ebenfalls „Hoch das freie Wahlrecht!" gerufen haben. Der Angeklagte bestreitet, dem Befehl nicht nachgekommen zu sein. Er habe sich auf dem Nachhausewege befunden und im Begriff, weiter zu gehen, verhaftet worden.

Schutzmann **Schumann**, Nr. 414, will gesehen haben, daß der Kellner Franz Statinik Hochrufe ausgebracht hat. Der Angeklagte bestreitet das und ebenso ein von der Verteidigung geladener Zeuge. Der Schutzmann bleibt bei seiner Aussage.

Schutzmann **Gröger** hat nach Beendigung der Demonstration am Nachmittag den Knopfmacher Martin Kahlert festgenommen. Dieser ging gerade an der Ohlauer Torwache vorüber, als die in Haft genommenen dort herausgebracht, um nach dem Polizeigefängnis transportiert zu werden. Der Anblick dieser Szene hatte auch dem Knopfmacher, der an der Demonstration nicht beteiligt gewesen war, noch ein kräftiges Hoch auf ein freies Wahlrecht entlockt.

Der Amtsanwalt hielt sämtliche Angeklagten im Sinne der Anklage für überführt und beantragte gegen die Hochrufer wegen groben Unfugs je eine Woche Haft, gegen Padloch wegen Widerstandes drei Wochen Gefängnis, gegen Schoblinski wegen Beleidigung eine Woche Gefängnis und gegen Wassenberg und Dombrowski wegen Ungehorsam je drei Tage Haft. Dem Versuche, die Politik auf die Straße zu tragen, müsse entgegengetreten werden, denn auf der Straße befänden sich auch Leute, die sich um die Politik nicht kümmern oder davon nichts verstehen und die dann entweder beunruhigt oder selbst zu Ausschreitungen veranlaßt würden.

Rechtsanwalt **Bandmann**: So einfach wie sich der Herr Staatsanwalt die Sache macht, ist sie nicht. Für das Vorliegen von grobem Unfug hat die Beweisaufnahme weder in tatsächlicher noch in rechtlicher Hinsicht etwas erbracht. Die Aussagen des Schutzmanns klangen sehr unzuverlässig und wo es möglich war, andere Zeugen zur Stelle zu bringen wurden die Schutzmannsaussagen direkt widerlegt. Von grobem Unfug überhaupt zu reden, ist ein grober Rechtsirrtum. Früher wurden Menschenansammlungen ohne polizeiliche Genehmigung als Vergehen wider das Vereinsgesetz bestraft. Eine solche Bestrafung ist nach dem neuen Vereinsgesetz nicht mehr möglich. Jetzt können nicht mehr die Teilnehmer, sondern nur die Leiter und Veranstalter unerlaubter Aufzüge bestraft werden. Sind denn die jahrzehntelangen Kämpfe um ein freieres Vereinsgesetz vergeblich gewesen? Ein neu geschaffener Gesetzeszustand kann doch nicht einfach umgangen werden, indem man einer anderen Gesetzbestimmung eine neue und bisher unzulässig gewesene Auslegung gibt. Von einer Anklage wegen Störung der öffentlichen Ruhe hat man Abstand genommen, weil von vornherein feststand, daß die Demonstrationen das für die Mittagstunde zulässige Maß von Geräusch nicht überschritten haben. Und ist es denn überhaupt etwas beunruhigendes, wenn in Preußen ein Wahlrecht verlangt wird, wie es das deutsche Reich bereits besitzt. Irgend einer Sache auf offener Straße Beifall oder Mißfallen auszudrücken, ist durchaus erlaubt anderen Personen.

Das Gericht vertagte den Fall Schablinski behufs weiterer Zeugenvernehmung. Padloch wurde wegen Widerstandes zu drei Wochen Gefängnis und wegen Hochrufens zu drei Tagen Haft verurteilt. Stasch, Hoffmann, Schätzler, Fritsch und Mägalle wurden wegen Hochrufens zu je einer Woche Haft, Heinke, Richter und Statinik zu je fünf Tagen Haft, Schiller, Kriebel, Lasse, Riedel, Nemsel, Körner zu je drei Tagen Haft und Wassenberg und Dombrowski wegen Ungehorsam zu je sechs Tagen Haft verurteilt. Gegen Kahlert wurde wegen des nachträglichen Hochrufens eine Geldstrafe von neun Mark festgesetzt. Das Gericht hatte den polizeilichen Aussagen vollen Glauben beigemessen und in den Demonstrationen groben Unfug erblickt. Ein näheres Eingehen auf die Sache behalten wir uns vor.

Der ungesunde März.

Aus dem Gesundheitsbericht für den Monat März, wie ihn die „Schlesische Zeitung" monatlich veröffentlicht, heben wir folgendes hervor: Der immer etwas gefürchtete Märzmonat hat tatsächlich auch seine beiden Vorgänger durch höhere Sterblichkeit übertroffen. Die Witterung war ungünstig, vor allem unbeständig und zu reichlichen Niederschlägen geneigt. Die Menge der Niederschläge war sehr hoch, sodaß der Monatsdurchschnitt um reichlich 50 Prozent übertroffen wurde. Die Bevölkerungsbewegung gestaltete sich in Breslau während der letzten vier Berichtswochen in folgender Weise:

Es betrug die Zahl der Geburten 1202 (davon 240 unehelich) und zwar 621 Knaben und 581 Mädchen. Lebend geboren wurden 1159 Kinder (597 Knaben, 562 Mädchen), tot geboren 43 (24 männlich, 19 weiblich). Die Zahl der Gestorbenen betrug 779, davon 395 männlichen, 384 weiblichen Geschlechts. Von den Gestorbenen waren 89 gleich 11 Prozent nicht ortsangehörig. Die Kindersterblichkeit ist dieselbe geblieben. Es starben von Kindern im ersten Lebensjahre 177, darunter 47 uneheliche. Die Gesamtsterblichkeit, auf 1000 Einwohner berechnet, betrug 20,2 (gegen 19,4 im Vormonat).

An Scharlachfieber erkrankten 66 (gegen 74 im Vormonat) und starben 5; der Schweidnitzer Tor-Bezirk zeigte stärkere Zunahme; die Oder-, Strehlener- und Nikolai-Vorstadt Abnahme. — An Diphtheritis erkrankten 53 (gegen 58 im Vormonat) mit 6 Todesfällen; hierbei zeigt sich in der Sand- und Oder-Vorstadt Zunahme, während Ohlauer und Strehlener Tor-Bezirk stärkere Abnahme aufwiesen. — An Unterleibstyphus erkrankten 5, an Wochenbettfieber die hohe Zahl von 12.

An Keuchhusten sind 2, Kinder, an Masern 1, an Genickstarre 1 Kind gestorben. Die Zahl der Todesfälle an Brechdurchfall und Darmkatarrh ist mit 45 die gleiche geblieben. An Tuberkulose starben 130 (gegen 119 im Vormonat), an Erkrankungen der Atmungsorgane 119 (gegen 146 im Februar); hierauf hat also das gefürchtete Märzwetter keinen nachteiligen Einfluß ausgeübt. Durch gewaltsamen Tod endeten 19, nämlich 11 durch Verunglückung und 8 durch Selbstmord. Die Belegziffer der in den 18 öffentlichen Breslauer Krankenanstalten befindlichen Kranken betrug zu Anfang des Monats 2813; dazu kamen 2936 Neuaufgenommene, sodaß sich im ganzen 5849 in Anstaltspflege befanden. Von diesen starben 213, gingen ab 2872 sodaß am Ende des Monats 2764 als Bestand verblieben.

* **Strafgelder dürfen nicht vom Lohne abgezogen werden.** Einer der streitigsten Punkte des Gewerberechts ist die Frage, ob Strafgelder wegen zu späten Erscheinens der Arbeiter vom Lohn abgezogen werden können. Die 5. Kammer des Berliner Gewerbegerichts hatte sich kürzlich mit dieser Frage zu befassen. Ein Fabrikbesitzer hatte von einem Arbeiter E. einen Arbeitsvertrag, wie er auch in Breslau gang und gäbe ist, unterschreiben lassen, in dem sich der Arbeiter damit einverstanden erklärte, daß für sein etwaiges zu spätes Erscheinen in der Fabrik für das erste Mal 10, für das zweite Mal 20 Pfennig usw. vom Lohn in Abzug gebracht werden sollen. Zwischen den Parteien kam es zu einer erregten Auseinandersetzung, bei der sich der Vorsitzende vergeblich bemühte, dem Vertreter des Fabrikbesitzers klar zu machen, daß dieser Arbeitsvertrag gegen das strikte Recht der Gewerbeordnung verstoße. Wenn der Fabrikherr seine Arbeiter zum pünktlichen Erscheinen an der Arbeitsstelle erziehen wolle, so könne auf keinen Fall im voraus der Abzug der Strafgelder vom Lohn vereinbart werden. Wenn der Arbeitgeber zu seinem Ziele gelangen wolle, so könne er es so einrichten, daß er sich nachträglich, zum Beispiel am Schluß jeder Woche, die Strafgelder zahlen lasse. — Damit sind alle ähnlichen Arbeitsordnungen in Breslauer Betrieben ebenfalls (indirekt wenigstens) für ungültig erklärt worden, und es liegt jetzt nur an den Arbeitern, derartige Bestimmungen annullieren zu lassen.

* **Herrliches aus dem Rechtsstaate.** Im vergangenen Winter sah man, so berichtet die „Breslauer Zeitung", häufig in verkehrsreichen Stadtgegenden, namentlich auf der Schweidnitzer Straße, an geeigneter Stelle einen alten Mann mit langherabwallendem, eisgrauem Barte stehen, dessen auffallend gebeugte Haltung und dürftige Kleidung auf körperliche Gebrechlichkeit und wirtschaftliche Notlage hindeuteten. Der Greis, dessen Kopf ein treffliches Modell für einen König Lear abgegeben hätte, sprach nie jemanden um eine Gabe an, aber sein trauriger Gesichtsausdruck bewog doch sehr viele Passanten, ihm freiwillig eine solche zu reichen, und er stand sich so ganz gut, bis die Polizei ihm das Geschäft verdarb und ihn zur Bestrafung wegen Bettelns notierte. Früher war es zweifelhaft gewesen, ob nicht zum Betteln ein ausdrückliches Ansprechen gehöre; vor einiger Zeit aber hat das hiesige Oberlandesgericht als höchste Instanz für Schlesien entschieden, daß auch ein bloßes öffentliches Zurschaustellen körperlicher Gebrechen als Betteln anzusehen sei, wenn es offensichtlich den Zweck habe, das Mitleid des Publikums zu erwecken, und wenn die betreffende Person dann die ihr gespendeten Gaben annehme! Demgemäß wurde denn auch der Alte, an dessen körperlicher Hinfälligkeit die Polizei starke Zweifel hegt, unter Anklage gestellt. Er heißt Johann Olesch und ist ein vielfach und schwer vorbestrafter Mensch. Das Schöffengericht verurteilte ihn zu zwei Wochen Haft. Ueberweisung an die Landespolizeibehörde zum Zweck der Unterbringung im Arbeitshause war bei seinem Alter nicht möglich. — Und was wird aus dem Alten, wenn die zwei Wochen um sind?

* **Der frühere Pferdeknecht Albert Blut**, der jetzt als Unteroffizier beim Füsilier-Regiment Nr. 38 in Glatz steht, wurde gestern vom Kriegsgericht in Breslau wegen Mißhandlung des Rekruten Stöbel zu 8 Tagen Mittelarrest verurteilt.

* **Militär-Justiz!** Weil er angeblich sich tätlich an einem Vorgesetzten vergriffen und Widerstand geleistet hatte, wurde der Füsilier Urjanduk vom 38. Inf.-Reg. in Glatz vom Breslauer Kriegsgericht zu der harten Strafe von 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Wer sich an Untergebenen vergreift, kommt billiger davon.

Achtung, Dach- und Schieferdecker! Der Streik der Kollegen in Posen wird immer hartnäckiger. Mit allerhand Versprechungen sucht man nach Streikbrechern. Leider haben sich in Breslau einige jüngere Kollegen dazu hergegeben, nach Posen zu fahren. Sie sagen aus, daß man sie vom Arbeitsnachweis der Meister nach Posen geschickt habe. Also Vorsicht! Es ist nicht ausgeschlossen, daß von hiesigen Unternehmern Streikarbeit für die Posener Meister ausgeführt wird. Wir ersuchen alle Kollegen, welche nach außerhalb gesandt werden, vorher bei der Ortsverwaltung Breslau vorstellig zu werden. Keiner werde zum Streikbrecher!

Die Ortsverwaltung. Der Gau Schlesien und Posen.

Aus Schlesien und Posen.

Strehlen, 16. April. **Vater und Tochter.** Ein hiesiger 63jähriger Bauunternehmer (Der Name wird noch verschwiegen! Red.), der zu den Feiertagen mit seiner 22jährigen ledigen Tochter nach Breslau zum Besuch seines Stiefbruders gereist war, wurde am zweiten Osterfeiertag wegen Blutschande verhaftet. Er war mit seinem Stiefbruder in Streit geraten, dabei kam es heraus, daß er mit seiner Tochter, wie sie beide eingestanden haben, seit längerer Zeit verbotenen Umgang gehabt hat.

Schweidnitz, 16. April. **Gegen Paragraph 175.** Die Strafkammer verurteilte den bei der städtischen Sparkasse beschäftigt gewesenen Schreiber Alfred Wagner wegen Sittlichkeitsverbrechens zu sieben Monaten Gefängnis. Das Opfer des erst achtzehnjährigen Burschen war das minderjährige Söhnchen eines Schweidnitzer Restaurateurs.

Striegau, 15. April. **Vom Saal-Boykott.** Am zweiten Feiertage hielt Herr Jarosch im „Blauen Hecht" wieder einmal eine „große" Tanzmusik ab. Als ein Boykottposten einen jungen Menschen vom Besuche des Lokals abhalten wollte, glaubte der Bäckermeister Hohmann von der Grabenstraße, der fast nur von Arbeitern lebt, eine große Tat zu begehen, indem er dem Haushälter zurief: „Zeigen Sie den Mann an, der hält die Leute vom Besuche des Lokals ab." Wenn auch Herr Hohmann Obermeister der Bäcker-Innung ist, so müßte er wissen, daß wir nichts Unerlaubtes tun und daß wir uns auch in Zukunft davon nicht abhalten lassen werden. Arbeiter, Parteigenossen! Meidet nach wie vor den „Blauen Hecht" und kauft Eure Backwaren, wo es Euch gefällt!

— **Ortskrankenkasse.** Am Montag, den 19. April, abends 8 Uhr, hält die hiesige Ortskrankenkasse für vereinigte Gewerbe im „Schwarzen Adler" ihre General-Versammlung ab. Die Arbeitgeber halten eine Aenderung der Familien-Unterstützung für notwendig. Die Vertreter der Arbeitnehmer haben alle Ursache, auf dem Platze zu sein.

Frankenstein, 16. April. **Soldaten-Selbstmord.** Junge Leute fanden in der sogen. Wausbach den Husaren Blech vom 1. Leib-Husaren-Regiment ertrunken vor. Die sofort angestellten Wiederbelebungsversuche waren erfolglos.

Patschkau, 16. April. **Ein schwerer Unglücksfall** ereignete sich am Dienstag auf der Besitzung des Bauerngutsbesitzers Wollasch in Alt-Patschkau, wo ein Mauerpfeiler niedergerissen werden sollte. Während sich die Maurer zur Mittagspause vom Bau entfernt hatten, machten sich die beiden Knaben Karl und Paul an dem Pfeiler zu tun, wobei dieser plötzlich umfiel und die beiden Knaben verschüttete. Der ältere 12jährige Sohn Karl wurde als Leiche mit zertrümmertem Schädel, der jüngere Sohn Paul mit einer schweren Kopfverletzung aus dem Mauerschutt hervorgeholt. Nach ärztlicher Meinung wird letzterer, obwohl schwer verletzt, noch mit dem Leben davonkommen.

Görlitz, 16. April. **Tödlicher Sturz von der Treppe.** Ein schrecklicher Vorfall hat sich am Mittwoch mittag gegen 1 Uhr in dem Hause Breslauerstraße 12 abgespielt. Der dort wohnhafte Arbeiter Hentschel stürzte in der 2. Etage über das Treppengeländer hinab in den Hausflur und war sofort tot.

Seitenberg, 10. April. **Erfroren.** Mittwoch früh wurde auf dem Wege vom Puhu nach Neudorf der Tuchmacher Karl Lenz, geboren 1846 zu Montjoie bei Aachen, tot aufgefunden. Nach dem ärztlichen Befunde ist der Tod durch Erfrieren eingetreten.

Hirschberg i. Schl., 16. April. **Schnee im Riesengebirge.** Bei 6 Grad Kälte gingen im Hochgebirge starke Schneefälle nieder. Auch im Tal hat es geschneit.

Schmiedeberg, 16. April. **Vom Zuge überfahren** wurde der Bleicharbeiter Hermann Fischer beim Bahnhof Mittel-Schmiedeberg, am 2. Osterfeiertage. Beide Beine wurden ihm abgefahren, wodurch der Tod sehr bald eingetreten sein muß. Gefunden wurde er erst am 13. früh vom Güterzugpersonal.

Ohlau, 16. April. **Von seinem Fuhrwerk überfahren und getötet** wurde hier Donnerstag mittag der Stellenbesitzer Wiegorek aus Janne. Er hatte seinen durchgehenden Pferden in die Zügel fallen wollen, war dabei zu Fall gekommen und unter die Räder geraten. Der Tod trat nach wenigen Minuten ein. Er hinterläßt eine zahlreiche Familie.

Bismarckhütte, 16. April. **Zu Bruch gegangen.** Ein großer Bruchfeldteil hat sich auf den Feldern gegenüber der neuen Schule im Ortsteil Oberheiduk gebildet. Aufgeschüttete Feldwege verschwinden in dem Loch, dessen Entstehen auf den Abbau der Deutschlandgrube zurückzuführen ist.

Kandrzin, 16. April. **Gerädert.** Auf einem Wegeübergange in der Nähe der Station Kandrzin wurde Mittwoch Abend gegen 7¾ Uhr von dem in der Richtung Breslau fahrenden Personenzuge ein junges Mädchen erfaßt und ihm beide Beine abgefahren. Ein Streckenwärter fand die Verunglückte neben den Gleisen liegend. Er ließ an der Unfallstelle den etwa eine halbe Stunde später von Breslau kommenden Eilzug halten, in dem sich ein Arzt befand, der dem Mädchen einen Notverband anlegte. Dann wurde die Verunglückte im Packwagen nach Gleiwitz und dort in das Krankenhaus gebracht.

Leobschütz, 16. April. **Im Tode vereint, die Freunde.** Am zweiten Osterfeiertage fuhr der [illegible] Kretschmer von Löwitz nach dem hiesigen Bahnhofe, um seinen Sohn abzuholen. Unterwegs wurde er vom Schlage getroffen und war sofort tot. Dieser plötzliche Todesfall traf den Freund des Verstorbenen, den Schloßheimer Alb. Jarosch [illegible], daß er ebenfalls vom Schlage getroffen wurde und plötzlich starb.

Posen, 16. April. **Kinder-Ausbeutung.** Bei der Beratung des Post-Etats im Reichstage hatte Genosse Singer gerügt, daß im Hauptpostamt Posen in der Paket-Annahme schulpflichtige Kinder beschäftigt werden. Der Staatssekretär Krätke erwiderte dem Genossen Singer, daß ihm das nicht bekannt sei, im anderen Falle würde er sofort für Abhilfe sorgen. Mehrere Wochen sind seitdem ins Land gegangen und trotzdem kann man immer noch die Beobachtung machen, daß schulpflichtige Knaben in der Paket-Annahme mit dem Aufladen von Paketen beschäftigt werden. Man muß Kenner der Verhältnisse bei der Paket-Annahme sein, um beurteilen zu können, wie viel Arbeit den Kindern zugemutet wird. Da dem Herrn Minister die Verhältnisse angeblich unbekannt sind, unterbreiten wir ihm hiermit diese Mißstände und fordern schleunige Abhilfe. Die Arbeit muß von Erwachsenen verrichtet werden, Kinder gehören des Abends in die Familie, oder will man auf diesem Wege zur altpreußischen Sparsamkeit zurückkehren.

Hohensalza, 15. April. **Bau einer Ballonhalle in der Provinz Posen.** Der Militärfiskus hat den Bau einer Ballonhalle am Goplo-See in ernstliche Erwägung gezogen. In der Nähe des Militärforts Lenk hat der Militärfiskus zu diesem Zwecke ein etwa 200 Morgen großes Areal von der Ansiedlungs-Kommission zurückgekauft.

Pleschen (Posen), 16. April. **Russische Grenzfrechheiten.** Dieser Tage fischte der Wirt Thomas Spridek aus Kokotow in der angeschwollenen Prosna auf preußischer Seite. [illegible] ein russischer Grenzposten bemerkte, trat er an [illegible], nahm ihn fest mit der Beschuldigung, daß er hier [illegible] und wollte ihn nach dem Grenzposten [illegible]. Das wollte sich S. nicht ohne weiteres gefallen lassen und wehrte sich. Als der Soldat mit dem Seitengewehr nach ihm stach, konnte der Bedrängte den [illegible] abwehren. Nun gerieten beide ins Handgemenge, [illegible] S. auf dem zu Boden geworfenen Soldaten [illegible] ihn doch frei zu geben, und versprach [illegible], daß er von der Verhaftung ablassen würde. Kaum hatte der Wirt den Soldaten losgelassen, als er ihn sofort wieder verfolgte und auf ihn schoß. S. konnte sich noch in den [illegible] am Ufer stehenden Kahn retten. Als er bereits wieder auf preußischem Gebiete war, erhielt er einen [illegible] den rechten Oberarm streifte, durch den Leibriemen [illegible] den Unterschenkel verletzte. Viele Dorfbewohner [illegible], konnten ihrem bedrängten Landsmann aber nicht helfen, weil die Prosna zur Zeit zu viel Wasser hat. Der Vorfall ist zur Anzeige gebracht worden und wird wahrscheinlich ebenso, wie die vielen anderen Uebergriffe der russischen Grenzsoldaten, „erledigt" werden.

Kurnik (Posen), 16. April. **Abgebranntes Rathaus.** In der Nacht zum Donnerstag traf ein Blitzstrahl das hiesige Rathaus, zündete und äscherte das Gebäude vollständig ein. Die Akten konnten jedoch gerettet werden.

Gewerkschaftlich und politisch

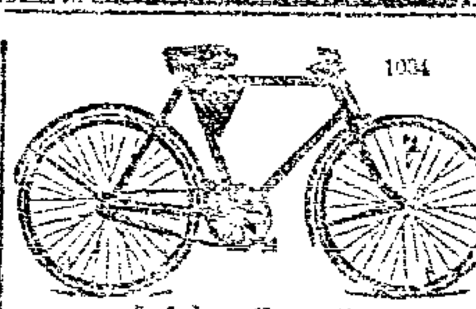
sollen alle Arbeiter und Arbeiterinnen organisiert sein. Die Gewerkschafts-Kongresse und Parteitage haben wiederholt beschlossen, daß das eine so nötig ist wie das andere.

Parteigenossen und Genossinnen! Agitiert unausgesetzt im Sinne dieser Beschlüsse!

Uhren, Ketten, Ringe.
Nur gutes Fabrikat. 1436
Billigste Preise.
Max Frenzel, Uhrmacher,
Friedrich-Wilhelmstr. 39.

Kathreiners Malzkaffee
wohlbekömmlich — wohlschmeckend
wohlfeil.
1444

Schönheit
erzielt ein zartes, reines Gesicht, rosiges, jugendfrisches Aussehen, weiße, sammetweiche Haut und [illegible] Teint. [illegible]
Steckenpferd-Lilienmilch-Seife
von Bergmann & Co., Radebeul.
[illegible] 1575
C. G. Schwarz, [illegible]
Herm. Baumgart, [illegible] 21.
Gust. Eckardt, [illegible] 1.
Franz Jaeckel, [illegible]
Franz Gröschel, [illegible]
Rob. Kalinke, [illegible] 22.
Paul Kriegel, [illegible]
Rob. Kerschner, [illegible]
Rich. Schubert, [illegible]
Kränzelmarkt-Apotheke, [illegible]


1034
Orkan-Fahrräder
und Zubehörteile sowie
Nähmaschinen

5 Jahre Garantie. zu den billigst. Preisen.
Verlangen Sie meinen 180 Seiten starken Hauptkatalog, welcher Ihnen umsonst und portofrei zugesandt wird. Derselbe gibt Ihnen am besten Aufschluss über die Vorteile die Sie bei mir geniessen. Lieferung auch auf Teilzahlung.
Orkan-Fahrräder-, Fahrradteile-Fabrik
und Nähmaschinen-Industrie. **B. Wedler,** Breslau 8.

Herren-, Damen-, Kinder- und Arbeiter-Garderobe 1183
Anfertigung nach Mass — Grosse Auswahl moderner Stoffe empfiehlt
V. Liepelt, Blücherstrasse 21,
am Waterlooplatz.

Erscheint 3mal wöchentlich.

Bezugsquellen-Verzeichnis der „Volkswacht" für das niederschlesische Industriegebiet.

Erscheint 3mal wöchentlich.

Central-Antiquariat, Waldenburg.

Abzahlungs-Geschäfte

Geißner, O., Waldbg., [illegible]
Teutsch, J., Waldenburg, Centr. 1.

Bäckereien und Konditoreien

Biedermann, A., Waldenburg.
Böhm, Robert, Fellhammer.
[illegible], Hermann, Neu-Salzbrunn.
[illegible], O., Fellhammer, [illegible]
Enderlein, Bruno, Freiburg i. Schl.
Hoffmann, Robert, Dittersbach 178.
Jung, Carl, Fellhammer.
[illegible], Heinrich, Gottesberg.
Köhler, Gustav, Sandberg 64.
[illegible], Paul, N.-Hermsdorf.
Regner, C., Ob.-Waldenbg., Chausseest. 16.
[illegible], B., Ob.-Waldenbg., [illegible] 1.
[illegible]

Bier-Brauereien

Aktien-Brauerei, Gottesberg.
Haselbach & Sohn, [illegible]
[illegible] & Co., Freiburg i. Schl.
[illegible], Ob.-Waldenburg.
Schneider, J., Freiburg i. Schl.
Stadtbrauerei, Freiburg i. Schl.
Thiel's Brauerei (R. [illegible]), Striegau.

Damen-Konfektion

Milke, G. A., Hirschberg, [illegible]

Drogen und Farben

Drogerie „Glück auf", N.-Hermsdorf.
Germania-Drogerie, Gottesberg.
„Glück auf"-Drogerie, Gottesberg.
[illegible], Freiburg i. Schl.
[illegible], Altwasser I. 21a.

Eisen- u. Stahlwaren

Schreck, Emanuel, Gottesberg.
Thäsler, Hermann, Gottesberg.

Fahrräder, Nähmaschinen

Böle, Ferd., Freiburg i. Schl.
[illegible], J., [illegible], Gottesberg.
Kahl, Bernh., Freiburg i. Schl., [illegible]
Sahlert, J., Gottesberg.

Fleischereien

Hübner, Hermann, Altwasser II, 10.
[illegible], A., Fellhammer, [illegible]
Schäfer, Gustav, Fellhammer, [illegible]

Galanterie-, Leder- u. Spielwaren

[illegible], E., Freiburg, [illegible]

Gemischt-Waren

[illegible] & Kaster, Weißstein.
[illegible], Dittersbach Nr. 4.
[illegible], W., Dittersbach, [illegible]
Schilbert, A., Weißstein, [illegible] 65.

Haus- u. Küchengeräte

Kaiser, H., Gottesberg.
Leber, Mathilde, Gottesberg.
[illegible], E., Fellhammer, [illegible]
Teichmann, Paul, Gottesberg.

Herren-Garderobe

Bautsch, H., Waldenbg., [illegible]
[illegible], Emanuel, Altwasser.
[illegible], W., Hirschberg, [illegible] 12
Bittner, J., [illegible]
Conrad, Franz, Gottesberg.
Deutsches Kaufhaus, Altwasser, [illegible]

Gottwald, Hirschberg, [illegible] 10, [illegible]
Lachmann, Louis, Freiburg i. Schl.
Sibber, B., Jauer, [illegible] 55.

Konfektionshaus „Merkur"
Fellhammer Nr. 68.
[illegible]

Meyer, Kurt, Hirschberg, [illegible] 19, Damen-Konfektion.
Milke, G. A., Hirschberg.
Pohl, W., Dittersbach 177, [illegible]
Pusch, Adolf, [illegible]
Semper Nachf., A., Inh.: G. Riedel, [illegible] 18, (Kreuz).
Silbermann, M., Waldenbg., Gottesberg.
[illegible], W., Jauer, [illegible]
[illegible], W., Hirschberg, [illegible]

Hüte, Mütz u. Pelzwaren

Pur, Arth., Waldenburg, [illegible] 33, [illegible]
Pirscher, Eduard, Gottesberg.
Schinzel, Oskar, Freiburg.
Schrabeck, E., Freiburg i. Schl., [illegible]
[illegible], Waldenburg, [illegible] 27.

Kaufhäuser

Barnett, M., Freiburg i. Schl.
[illegible]
Büttner, Reinh., Gottesberg.
[illegible], Georg, Hirschberg i. Schl.
[illegible], Paul, [illegible] 125/127.

[illegible], Seidenwaren

[illegible], Theodor, Freiburg i. Schl.
Haacke, Hermann, Freiburg i. Schl.

Kolonialwaren

Beer, C., Dittersbach 148a, [illegible]
Bergmann, Ernst, Dittersbach, [illegible]
Bergmann, R., Altwasser I, 7, [illegible]
Feige, Paul, Gottesberg.
Hänel, A. W., [illegible]
Hanischild, [illegible]
Heinze, Fellhammer, [illegible]
Kalms, Ad., Freiburg i. Schl., Zigarr. u. Zigarren.
Krügel, R., Altwasser, [illegible]
Kubot, Franz, [illegible]
Leonhardt, J., Fellhammer, [illegible]
Martin, Fellhammer, [illegible]
Rittner, Altwasser, [illegible]
Schiller, Fellhammer, [illegible]
Schuhwarenhaus Reichmann, Waldbg.
Scholz, Fellhammer, [illegible]
Steiner, H., Fellhammer, [illegible]
Tandey, [illegible], Fellhammer, [illegible]
Wachsmann, Paul, Gottesberg.
Walter, H., Weißstein, [illegible]
Weinhold, H., Altwasser, [illegible]

Manufaktur- und Modewaren

Gottwald, Hirschberg, [illegible] 10, [illegible]
Hübner, J., [illegible]
Nerger, (Drägisch), Freiburg, [illegible]
Pinerimer, [illegible], Waldenbg., [illegible]
Schröter, C., Fellhammer, [illegible]
Sindermann, [illegible], Altwasser, [illegible]
Weibeck, Wernuth, [illegible]

Möbel-Magazine

Bartsch, J., Waldenburg, Gottesbergerst. 24.
Bittner, C. H., [illegible]
Hoffmeister, H., ([illegible]), Striegau
Kaboe, F., Gottesberg.
Rinke, Herm., Freiburg.
Münke, Alfons, Gottesberg.

Röhler, E., Weißstein, Hauptstr. 43.
Rutsch, Fellhammer, [illegible]
Springer, E., Altwasser, Tischlermeister.

Musik-Instrumente

Bartsch, F., Waldenbg., Gottesbergerst. 2, Freiburgerst. 21 u. Neurode, Schuhmst. 151.
Seifert's Musikwarenhaus, Hirschberg

Papier- und Schreibwaren

Deutschel, Aug., Altwasser, Promenade.
Hösel, G., Altwasser III, 12, [illegible]
Schiedeck, Max, Gottesberg.
Schöbert, Bruno, Freiburg.
Welz, Gebr., Ob.-Waldenburg, Kirchstr. 27

Photographische Ateliers

Kalani, Aug., Gottesberg.
[illegible], B., Altwasser, Nieder-Salzbrunn.
Neugebauer, A., Gottesberg.
Stricker, Paul, Altwasser, Waldenburg.

Schuhwaren und Schuhmacher

Altshöfer, Gebr., Freiburg i. Schl.
Barger, [illegible], Waldenbg., Ring 21.
[illegible], Paul, Gottesberg.
[illegible], Striegau, [illegible]
Jüptner, A., Waldenburg, Friedl. Str. 7.
Kappler, Herm., Altwasser I, 23a.
Krause, L., Striegau, Ring 12.
Laute, H., Altwasser, [illegible]
Maibaum, Oskar, Altwasser, ev. Kirche.
Patsch, Ad., Waldenburg, Ring 12.
Reinhard, L., Waldbg., [illegible] 5.
Renner, Herm., Altwasser III, 21 D.
Schaadt, O., Jauer, Königstr. 23.
Schreiber, Emil, Freiburg i. Schl.
Simon, Karl, Gottesberg.

Tödtmann, Gust., Waldenburg, Markt 5.
Tscherisch, E., Fellhammer, Grenze.
Wendland, J. A., Hirschberg, Langst. 1.
Wollner, J., Charlottbrst. 18, Kais. Wilhpl. 9.

Uhren und Goldwaren

Büttner, Fritz, Gottesberg.
Ertner, Alfred, Striegau, Ring 2, Musikw.
Fehst, Alfred, Gottesberg.
Güttler, O., Fellhammer, Musikw., Fahrr.
Hause, G., Ob.-Waldbg. Chausseest. 29, Grph.
Hornig, Fr., Altwasser, vis-à-vis Bahnhof.
Käßner, Herm., N.-Hermsdorf.
Ketscher, Rich., Waldenbg., Cochiusstr. 1.
Mende, H., Waldenburg, Mühlenstr. 21.
Nerger, H., Waldenburg, Charlottenbgstr.
Schmidt, E., Hirschberg, 1. Burgst. 19, Opt.
Siegel, H., & Sohn, Freiburg i. Schl.
Strauch, Carl, Gottesberg.
Thyrolf, A., N.-Hermsdorf 141.
Zinnecker, H., Gottesberg.

Putz, Wäsche und Wollwaren

Degwert, E., N.-Hermsdorf, Putz, Tapisserie.
Tinter, A., Schürzenfabrik, Waldenburg.
Heinz, E., (Inh. M. Sontag), Altwasser.
Hesse, Max, Waldenbg., Freiburgerst. 4, Trikotagen, Strümpfe etc.
Lewin, Martin, Waldbg., Gottbgst. 26, Wsch., Trikotg., Kurzw.
Nier, Oskar, Sortimentsgesch., Hint.-Fellh.
Priebatsch, Jauer, Liegnitzerstr. u. Ring.
Sortimenth. O. Finke, Jauer, Mode-Pelzw.
Zeiner, M., Altwasser, Damenputz, Herrenart.

Zigarrenhandlungen

Geier, Bertha, Dittersbach 18.
Kultos, Joh., Freiburg i. Schl., Sterbdlg.
Blaschke, G., Zig.-Fabrik, Neu-Waldenburg.